

Ekonomischer Bund

Wochenblatt für den keramischen Bund
Industrieberband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2—5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 6

Berlin, den 8. Februar 1930

5. Jahrgang

Betriebsvertretungs-Neuwahlen!

Die Amtsduer der Mehrzahl der Betriebsvertretungen läuft infolge der alljährlich von den Gewerkschaften zu dieser Zeit durchgeführten Neuwahlen wiederum in den Monaten März bis April 1930 ab. Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen für das Jahr 1930 sind daher von den Ortsausschüssen des ADGB und den Kartellen des AfA-Bundes in den Monaten Februar bis März 1930 gemeinsam durchzuführen. Es ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an welchem alle Betriebsvertretungen die Bestellung eines Wahlvorstandes vornehmen, und diejenigen Gewerkschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihre Arbeitgeber zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften. Diese haben gegebenenfalls die Bestellung eines Wahlvorstandes bei dem Vorsitzenden des zuständigen Arbeitsgerichts zu beantragen. Diejenigen Betriebsvertretungen, die erst nach dem 1. Oktober 1929 gewählt worden sind, brauchen jetzt eine Neuwahl noch nicht durchzuführen. Ebenso handeln die Betriebsvertretungen sämtlicher Behörden sowie diejenigen im Bergbau, im Baugewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft nur nach den unmittelbaren Auflösungen ihrer zuständigen Gewerkschaften. Alle übrigen Betriebsvertretungen sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen zu dem dafür bestimmten Termin vornehmen.

Das Betriebsratgesetz ist nunmehr zehn Jahre im Kraft. Staatsumwälzung, Verfailler Friedensvertrag, Inflation, Wiederherstellung der deutschen Währung, Dawes-Aktommen, Young-Plan und das Auf und Ab der deutschen Wirtschaft in diesen mehr als schwierigen zehn Jahren kennzeichnen den Weg der deutschen Arbeiterbewegung. Ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht waren stets die Gewerkschaften, an ihnen sind alle Versuche der Gegner der Arbeiterklasse, die Position derselben zu erschüttern, wirkungslos abgeprallt. Zu diesen Gegnern der deutschen Arbeiterklasse rechnen wir nicht nur die Unternehmer, sondern auch die sogenannten volkstümlichen Werkverleiher, insbesondere auch die Kommunisten sowie vor allem die Unorganisierten. Diese sämtlichen Gegner der organisierten deutschen Arbeiterbewegung sind auch gegenwärtig wieder am Werke, die organisierte Macht der deutschen Arbeiterklasse möglichst zu hemmen oder lähm zu legen. Trotzdem sind durch die Stärke der deutschen Gewerkschaften die Betriebsräte zu einem machtvollen Arm in der Gewerkschaftsbewegung geworden. Die Auffassung, zu der sich der Leipziger

Gewerkschaftskongress bekannt hat: „Gewerkschaften und Betriebsräte sind eins“, ist zur Tatsache geworden. Niemand wagt es infolgedessen heute noch, die selbstverständliche Notwendigkeit der Betriebsvertretungen anzuzweifeln. Gerade weil die Betriebsräte ein so wichtiger Teil der organisierten deutschen Arbeiterbewegung geworden sind, versuchen es Werkvereinler und Kommunisten, sich dieser Positionen zu bemächtigen. Das ist ihnen bisher nicht gelungen und das wird ihnen auch in Zukunft nicht gelingen. Der organisierte Arbeiter weiß zu genau, daß er ohne starke Gewerkschaften der Willkür aller Gegner preisgegeben wäre. Aus diesem Grunde ist die Parole für die Betriebsräte-neuwahlen im Jubiläumsjahr 1930:

Für die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung!

Wegen der Durchführung der Neuwahlen verweisen wir im übrigen noch auf die übereinstimmenden Richtlinien des ADGB und des AfA-Bundes. Die ausgestellten Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des ADGB angehören, oder wenn sie Angestellte sind, bei einer der dem AfA-Bund angehörenden Organisationen Mitglied sein. Bei der Auswahl der Kandidaten darf nicht die politische Richtung maßgebend sein, sondern es müssen berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebsamkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten ist ein selbstständiges Vorgehen der Gewerkschaften des ADGB notwendig und eine Verständigung mit den Organisationen des AfA-Bundes anzustreben. Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen und Organisationen sind zu vermeiden. Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste nach diesen Grundsätzen aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem ADGB oder dem AfA-Bund angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf einer Gegenliste aufstellen lassen.

Gewerkschaftskollegen, Gewerkschaftskolleginnen! Begeht das zehnjährige Jubiläum des schwer errungenen Mitbestimmungsrechtes im Betriebe dadurch, daß in allen Betrieben, in denen Betriebsvertretungen zu wählen sind, von diesem Recht Gebrauch gemacht wird und daß überall in diesen Betriebsangehörigen in die Betriebsvertretungen gewählt werden.

Auf zu den Betriebsrätewahlen 1930!

Berlin, den 24. Januar 1930.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

die Parteileitung der KPD. Vorschriften über das Verhalten ihrer Mitglieder bei der Betriebsrätewahl für das Jahr 1930 erlassen. Es wird darin ausgeführt, daß die „sozial-faschistische Bürokratie“ sich durch Verbandsabstimmungen ein Monopol auf die Betriebsfunktionen sichern wolle, um den Ausbruch der Kämpfe zu verhindern oder zu erschweren. Es wird als eine ungeheuerliche Anmaßung der Gewerkschaften dargestellt, die Betriebsräte als Organe der Gewerkschaften zu betrachten. Da nur die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur Aufstellung von Kandidaten zu Betriebsräten herangezogen würden, seien die großen Teile der unorganisierten Arbeiter, die eine aktive Rolle in den Kämpfen spielen, ihres Wahlrechts beraubt.

Die Leitung der KPD bestätigt hier von neuem, daß sie den Unorganisierten Hilfe gegen die gewerkschaftlich Organisierten leisten will. Dazu wird weiter in dem Artikel angeführt:

„Bei der Vorbereitung und Auslösung von Wirtschafts- und politischen Massenkämpfen spielen die Betriebsräte eine einflußreiche Rolle. Die Betriebsrätewahlen 1930 müssen vorbereitet werden durch die Mobilisierung aller Arbeiter für den Kampf um die auf dem Reichskongress aufgestellten Forderungen, für den Kampf gegen das Finanz- und Industrieprogramm, gegen den Faschismus und Sozialfascismus. Die Erfüllung des 7-Stundentags bei Lohnausgleich, der Kampf gegen Nationalisierung, um Lohnerschöpfung ist Tagesaufgabe der Arbeiterklasse. Durch Auslösung einer Reihe Kämpfe um diese Forderung muß der politische Massenstreik vorbereitet werden.“

Die Betriebsräte haben allerdings wichtige Aufgaben bei Wirtschaftskämpfen zu erfüllen, aber sie können niemals ohne die Gewerkschaften die Leitung des Streikes übernehmen. Weil die Betriebsvertretungen nach dem BRG eine Reihe gewerkschaftlicher Aufgaben zu erfüllen haben, können sie diese Aufgaben nur als gewerkschaftliche Funktionäre zur Durchführung bringen. Wenn die KPD die Betriebsräte als eine Vertretung der Arbeiterschaft ansehen will, so deckt sich diese Auffassung mit dem Programm der golden wirtschaftsfreien Werkvereine. Die Erfolge der Gewerkschaften wären nur deshalb möglich, weil sie dem Unternehmertum als die Vertretung der Arbeiterschaft einer ganzen Industrie gegenüberstanden könnten. Aus dem Grunde können die Forderungen der Gewerkschaften einen ganz anderen Nachdruck erhalten wie die Forderungen eines Betriebsrats, der nicht eine geschlossene Organisation der Arbeiter im Betrieb hinter sich hat. Ist die Arbeiterschaft eines Betriebes nicht organisiert, dann kann auch der Betriebsrat Erfolge nicht erzielen. Das ist für jeden Gewerkschaftler eine Selbstverständlichkeit, deshalb kann sich der Betriebsrat nur auf die Gewerkschaften stützen, wenn er seine Aufgaben erfüllen will.

In dem Artikel der „Roten Fahne“ wird von „Sozialfascisten“ gesprochen und meint man damit die Gewerkschaften. Eine Erklärung für dieses Wort kann von der KPD nicht geben werden, aber das ist nach K-P-Logik auch nicht nötig, die Hauptthese ist, daß man ein Schimpfwort anwendet. Die Mitglieder der KPD wollen weiter gezwungen werden, eigene kommunistische Vorschlagslisten zu den Betriebsrätewahlen aufzustellen und so wird in dem Artikel der „Roten Fahne“, verkündet:

„Wer nicht den Kampf gegen die Sozialfascisten führt, wer mit ihnen gemeinsam auf einer Liste kandidiert, unterstützt den Raubzug der Bourgeoisie gegen die Arbeiter und stellt sich außerhalb der revolutionären Front“

Die Zentrale der KPD verlangt also von ihren Anhängern, daß sie nicht mit Freigewerkschaftern auf einer Vorschlagsliste kandidieren dürfen, aber sie können gemeinsam mit Unorganisierten, Christlichen und anderen Parteianhängern Vorschlagslisten für die Betriebsrätewahlen aufstellen. Damit wird eine reinliche Scheidung herbeigeführt. Nicht die Gewerkschaften sind es, die die Kommunisten vor die Entscheidung stellen, sondern ihre eigene Parteileitung verlangt, daß die freigewerkschaftlichen Vorschlagslisten bekämpft und kommunistische Vorschlagslisten entgegen den Bejdahungen des Leipziger Gewerkschaftskongresses aufgestellt werden. Es bedarf wohl gar keiner Frage, daß die Gewerkschaften sich das Vorgehen nicht bieten lassen. Wer von den Mitgliedern sich an der Vorbereitung von sogenannten Oppositionslisten beteiligt oder sich auf diesen Listen ausspielen läßt, stellt sich dann mit außerhalb der Organisation. Die Verbündete kann nicht zulassen, daß Mitglieder des Verbandes eine Tätigkeit betreiben, die gegen die Organisation gerichtet ist.

Im Vorjahr wurden in einigen Betrieben kommunistische Oppositionslisten zu den Betriebsrätewahlen aufgestellt, u. a. auch im Leunaerwerk. Mit Hilfe der Unorganisierten erhielt die Opposition 16 Sitze im Arbeiterrat, während die freien Gewerkschaften nur 10 Sitze erreichen konnten. Daneben wurden noch drei Werkvereinler und ein Christ in den Arbeiterrat gewählt. Am 16. Mai 1929 ist eine Strafverordnung in Kraft getreten, die mit den Bestimmungen des § 80 Abs. 2 BRG in Widerspruch steht. Im Arbeiterrat stimmten die Kommunisten mit Christlichen und Werkvereinlern für die Strafverordnung, während die Freigewerkschafter dagegen abstimmten. Nach dieser Strafverordnung wird die Strafe vom Betriebsführer oder seinem Stellvertreter festgesetzt. Der betriebsfreie Arbeiter kann innerhalb 10 Tagen mündlich oder schriftlich beim Arbeiterrat Einspruch erheben. Wird ein Einspruch innerhalb dieser 10 Tage nicht erhoben, so ist die Strafe durch stillschweigende Zustimmung des Verstrafen angenommen. Ihre Höhe als gemeinsam vom Arbeitgeber und Arbeiterrat gemäß § 80 Abs. 2 BRG festgesetzt. Bei der Frist der Arbeit vor

Betriebsrätewahlen im Jahre 1930.

Die Betriebsvertretungen werden nach § 18 BRG für die Dauer eines Jahres gewählt. Wie in den früheren Jahren, so ist auch in dem Jahre 1930 die Neuwahl von Mitte bis Ende März vorgesehen. Es ist aus dem Grunde erforderlich, daß schon jetzt an die Vorbereitung der Wahlen herangegangen wird. Für die Durchführung der Wahlen bestehen Vorschriften, die genau beachtet werden müssen, weil sonst bei Verletzungen Wahlauflösungen erfolgen können. Zunächst ist es erforderlich, daß der Betriebsrat vier Wochen vor Ablauf seiner Wahlzeit einen Wahlvorstand wählt. Kommt der Betriebsrat dieser Verpflichtung nicht nach oder besteht in dem Betrieb eine Betriebsvertretung nicht, dann hat der Arbeitgeber den Wahlvorstand zu bestellen. Kommt auch dieser seiner Verpflichtung nicht nach, so kann der Vorsitzende des Arbeitsgerichts auf Antrag eines oder mehrerer wahlberechtigter Arbeitnehmer oder auf Antrag der Gewerkschaft einen Wahlvorstand bestellen. Antragsberechtigt ist auch der Gewerbeaufsichtsbeamte. Der Wahlvorstand soll die Wahl unverzüglich einleiten und sie soll spätestens nach sechs Wochen stattfinden. Kommt der Wahlvorstand seiner Verpflichtung nicht nach, so erkennt ihn der Vorsitzende des Arbeitsgerichts auf Antrag eines oder mehrerer Arbeitnehmer oder auf Antrag der Gewerkschaft durch einen anderen Wahlvorstand. Im Handbuch für Betriebsvertretungen, Seite 18—30, ist das Wahlverfahren behandelt.

Für die Durchführung der Wahlen gilt der Beschluss des Leipziger Gewerkschaftskongresses aus dem Jahre 1922. Darnach haben die Gewerkschaften die Wahlen zu den Betriebsräten planmäßig vorzubereiten. Die Aufführung der Vorschlagslisten erfolgt durch die für die fraglichen Betriebe zuständigen Gewerkschaften, wobei die verschiedenen Berufsgruppen der im Betrieb beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer bei der Zusammensetzung des Betriebsrats nach Möglichkeit zu berücksichtigen sind. Sind in dem Betrieb mehrere Gewerkschaften vertreten, so haben sie sich über die Kandidatenauflistung zu verständigen. Die aufgestellten Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des ADGB angehören oder, wenn sie Angestellte sind, bei einer der AfA angehörenden Organisation Mitglied sein. Bei der Auswahl der Kandidaten darf nicht die politische Richtung ausschlaggebend sein, sondern es müssen berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebsamkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten ist ein selbstständiges Vorgehen der Gewerkschaften des ADGB notwendig und eine Verständigung mit den Organisationen der AfA anzustreben. Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen und Organisationen sind zu vermeiden. Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste nach diesen Grundsätzen aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem ADGB.

Entlassungen ist es verständlich, daß recht wenig Einsprüche erfolgen. Nur wenn der Arbeiter Einspruch erhebt, dann erst erfolgen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiterrat, wird dabei keine Einigung erzielt, dann entscheidet das Arbeitsgericht. Nach den im Betriebsrat veröffentlichten Entscheidungen, insbesondere der des RAG, ist es unzulässig, die Strafen durch die Betriebsleitung festzusehen. Der § 80 Abs. 2 ist zwingender Natur, danach können die Strafen nur gemeinsam durch Arbeitgeber und Arbeiterrat verhängt werden.

Es blieb also den Anhängern der sogenannten Opposition vorbehalten, durch die beschlossene Strafenvorordnung den § 80 Abs. 2 anzusiedeln. Es wird sonst immer von den Anhängern der KPD behauptet, daß das Betriebsratgesetz nichts tauge und im Leinwand ist man dazu übergegangen, die gesetzlichen Bestimmungen noch zu verschlechtern. Wenn das der Zweck der sogenannten Oppositionslisten sein soll, dann müssen sich die freigewerkschaftlichen Mitglieder für solche Vertreter bedanken.

Die Betriebsräte-Wahlwahlen sollen nach den Beschlüssen des einzigen Gewerkschaftskongresses so vorgenommen werden, daß aus Vorschlag der Funktionäre des Betriebes in einer Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Vorschlagsliste aufgestellt wird. Die einzelnen Berufsgruppen sollen entsprechend ihrem Zahlverhältnis auf der Vorschlagsliste vertreten sein. Ohne Rücksicht auf die politische Ausrichtung der Kandidaten soll berufliche Tüchtigkeit, geistige Streitkraft und vor allen Dingen gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden. Unsere Verbandsmitglieder haben alle Veranlassung, dahin zu wirken, daß in jedem Betriebe eine ein-

Einheitliche gewerkschaftliche Vorschlagsliste zu stande kommt.

Daneben muß es unsere Aufgabe sein, überall für eine ordnungsgemäße Betriebsvertretung zu sorgen. Dort, wo diese nicht besteht, wird man zweckmäßigerweise den Arbeitgeber auf seine Pflicht zur Bestellung des Wahlvorstandes aufmerksam machen. Kommt dieser der Pflicht zur Bestellung des Wahlvorstandes nicht nach, dann kann der Vorsitzende des Arbeitsgerichts angerufen werden, damit dieser den Wahlvorstand bestellt, wobei natürlich gleich zweckentsprechende Vorschläge gemacht werden müssen.

Das Betriebsratgesetz gibt der Arbeiterschaft wichtige Rechte. Besteht keine Betriebsvertretung, dann besteht auch kein Einspruchsrecht bei Kündigungen und Entlassungen. Auch das sonstige Mitwirkungsrecht bei dem Erlass von Dienstvorschriften und Arbeitsordnung ist bei dem Fehlen einer Betriebsvertretung nicht vorhanden. Es bedarf deshalb wohl gar keiner Frage, daß unsere Kollegen und Kolleginnen in allen Betrieben für das Zustandekommen einer Betriebsvertretung wirken müssen, wenn sie nicht auf wichtige Rechte verzichten wollen. Dort, wo Kolleginnen beschäftigt sind, muß eine entsprechende Berücksichtigung bei der Aufstellung der freigewerkschaftlichen Vorschlagsliste erfolgen. Kolleginnen und Kollegen! Gebt den Betriebern die rechte Antwort und sorgt dafür, daß in jedem Betriebe eine einheitliche freigewerkschaftliche Vorschlagsliste zu den Betriebsrätewahlen aufgestellt wird!

D. A.

10 Jahre Betriebsratgesetz.

Unser Betriebsratgesetz datiert vom 4. Februar 1920. Zehn Jahre sind nun seit Inkrafttreten dieses für das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter so wichtigen Gesetzes vergangen. Es verlobt sich daher, kurz Rückblick auf diese Zeitspanne zu halten, zumal das Betriebsratgesetz im Ausschuss und Plenum des Parlaments schon bei seinem Entstehen von der Partei "Gut und Hab" sehr stark umstritten war. Selbst die damals noch existierende Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie konnte sich für seine Annahme nicht entschließen und versteht sich von selbst, daß die Arbeitgebervertreter der bürgerlichen Parteien im Betriebsratgesetz bereits den Anfang der bürgerlichen Diktatur für Deutschland sahen. Ihr Wollen hatte zweifellos den Erfolg, daß der „Herr-im-Hause-Standpunkt“, auf den manche Unternehmer doch so gerne pochten, in den Betrieben fast gänzlich erhalten blieb. Wie jedes in der deutschen Republik von einer Koalitionsregierung vorgelebte und von verschiedenen Regierungsparteien beschlossene Gesetz, trägt auch das Betriebsratgesetz einen ausgesprochenen Kompromißcharakter.

Aus dem von den Arbeitern während der Novemberrevolution so dringend geforderten Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft ist eigentlich in der Hauptphase nur noch ein Recht der Wirtschaftsverteilung übergeblieben. Denn entscheidend für alle Fragen des Betriebes und der Unternehmung bleibt nach wie vor der Arbeitgeber. Die „Erfüllung des Betriebsratgesetzes“ wird nach der bis heute geübten Sprachbaraxis der Arbeitsgerichte über striktiv fragen aus dem Betriebsratgesetz mehr als wichtigste Aufgabe angesehen. Da aber der Zweck des kapitalistischen Betriebes die Erzielung möglichst hoher Profiten ist, die aber nur aus Kosten der Arbeiterschaft erreicht werden können, so wird die „Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber gegenüber“ (§ 1) bei einer solchen juristischen Auslegung häufig einige Grenzen finden.

Kein Wunder, wenn dann das Betriebsratgesetz selbst in Arbeiterkreisen mancherlei Skepsis begegnet und noch nach 10 Jahren seines Bestehens etwa 50 Proz. der Arbeiterschaft von dem Rechte der Wahl eines Betriebsrates oder Betriebsobmannes keinen Gebrauch macht. Dennoch läßt die mit dem Betriebsratgesetz gemachte 10jährige Erfahrung auch für die Arbeiterschaft eine viel günstigere Beurteilung zu. Es hat vor

allem recht wertvolle Kräfte der Arbeiterschaft in einem nie geahnten Ausmaße für das proletarische Interesse aktivisiert, was allerdings an die Arbeiterschaft große Anforderungen in bezug auf die Heranbildung geeigneter Funktionäre stellt. Im Jahre 1927 wurden von den freien Gewerkschaften bereits insgesamt 17,5 Millionen RM für Bildungsziele ausgegeben. Der Erfolg war, daß es unsere Betriebsräte immer mehr verstehen lernen, die ihnen gewährten Rechte zugunsten der Arbeiterschaft stärker auszuüben. Ein gesteigertes Rechtsbewußtsein hat hierdurch weite Kreise des Proletariats erfüllt. Die im letzten Jahre von den deutschen Arbeitsgerichten erledigten 380 000 Streitfälle waren hierfür ein genügender Beweis.

Wie sich die Arbeiterschaft in der politischen Demokratie einfach nicht mehr von der Staatsleitung so ohne weiteres verdrängen läßt, so wird sie sich auch in der Wirtschaft entsprechend Geltung verschaffen. Der Arbeiter steht also heute nicht mehr abseits der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung und unsere Betriebsräte sind hierbei mit die wichtigsten Pioniere im Kampf um die volle Gleichberechtigung der Arbeiterklasse mit den übrigen Bevölkerungsschichten. Es klingt für die Betriebsräte recht ehrendoll, wenn ihnen der „Vorwurf“ gemacht wird, daß ihre Tätigkeit sich im allgemeinen auf die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterschaft beschränke, während man bei ihnen eine Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung des Betriebszweckes fast durchweg vermisst. Abgesehen von einigen Auswüchsen, sind die Betriebsräte in der Tat manchmal für das Arbeitnehmerinteresse eingetreten. Wenn sie dabei klugerweise sich an die bestehenden arbeitsrechtlichen Bestimmungen halten, so war auch ihre Tätigkeit von Erfolg.

Weder der eine proletarische Solidarität zerstörende Betriebssozialismus noch die kommunistische Parole nach illegaler Betriebsräteaktivität in dem von den Kommunisten geforderten Betriebsanarchismus. Zwischen diesen beiden Klöstern ist bisher die soziale Arbeit der freigewerkschaftlichen Betriebsräte erfolgreich durchgeführt. So wird auch die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft nach wie vor den freigewerkschaftlichen Betriebsräten allein ihr Vertrauen gewähren, indem diese zehnjährige segensreiche Tätigkeit durch einen glänzenden Sieg der freigewerkschaftlichen Listen bei den bevorstehenden Betriebsrätewahlen gekrönt wird.

Georg Raible.

Wieviel Betriebe werden von der Gewerbeaufsicht kontrolliert?

In drei dicken Bänden sind die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden für das Jahr 1928 erschienen, die wieder eine Fülle wertvollen Materials enthalten. Heute wollen wir daraus einige interessante Zahlen über die im Jahre 1928 vorgenommenen Betriebsbesichtigungen mitteilen.

1928 betrug die Gesamtzahl der von der Gewerbeaufsicht erledigten Besichtigungen 428 285. Von diesen vorgenommenen Besichtigungen entfallen auf Betriebsbesichtigungen 305 260 und auf Insassuntersuchungen 42 544. Und von 305 260 besichtigten Anlagen wurden 263 290 einmal, 27 189 zweimal und 14 81 dreimal und mehrfach besichtigt. Auf Nachbesichtigungen entfallen 10 557 und auf Besichtigungen an Sonn- und Feiertagen 12 892.

Was ist gegenüber dem Vorjahr, also dem Jahre 1927, in bezug auf die Zahl der vorgenommenen Besichtigungen eine Steigerung zu verzeichnen?

Ja, und zwar wurden 1928 gegenüber 1927 22 076 Besichtigungen mehr vorgenommen. Durch diese Mehrbesichtigungen erhöhen die in der Nacht vorgenommenen Besichtigungen eine Steigerung von 593 und die der am Sonn- und Feiertagen vorgenommenen Besichtigungen eine Steigerung von 1 060. Die Insassuntersuchungen stiegen um 1 552 und die der Anlagenbesichtigungen um 16 150 um.

Hinter diesen Zahlen verbirgt sich eine immense Tätigkeit. Und die Arbeit wurde von Organen bewältigt werden, die nicht allgemein mit Personal besetzt sind. Im Deutschen Reich geht es am 1. Juli 1929 714 Gewerbeaufsichts- und 45 Bergaufsichtsbeamte. Zusätzlich standen also im Dienst des Arbeitsministeriums 1149 Beamte. In der Zahl von 1149 Beamten sind natürlich familiäre Beamtengrade, jedoch die höchsten wie aus der Tabelle ersichtlich, enthalten. Diese Beamten waren restlos bei der Durchführung des Arbeitsschutzes tätig. Das ist natürlich nicht so zu betrachten, daß familiäre 1149 Beamte auch bei Betriebsaufsicht und Insassuntersuchungen unmittelbar mitwirkt. Aber diese Tätigkeit kommt etwa raus die Hälfte der Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten in Frage.

Wenn wir die Zahl von 600 Beamten, die als unmittelbare Kontrollbeamte wirksam werden, annehmen und diese Zahl durch die 428 285 vorgenommenen Besichtigungen teilen, so ergibt sich, daß jeder von den 600 Beamten 713 Besichtigungen im Jahre 1928 ausgespielt hat. Und nehmen wir an, daß die 1149 Gewerbeaufsichtsbeamten unmittelbar an den Besichtigungen teilw. beteiligt gewesen sind, so entfallen auf einen Beamten 371 Besichtigungen oder auf einen Tag rund eine Besichtigung. Das bei der Zahl von 600 Beamten entfallen auf jeden Beamten täglich zwei Besichtigungen.

Was kann nun die Frage weiter? Wieviel Betriebsanlagen stehen zur Zeit unbefragt, unkontrolliert? Um dies festzustellen, ist nötig, einmal zu wissen, wieviele Betriebsanlagen es überhaupt in Deutschland gibt.

Zum einen Gewerbeaufsichtsberichten gibt es rund 22 922 für kontrollierte Betriebsanlagen. Und diese verteilen sich wie folgt:

Die Zahl der Betriebe mit 1—4 Arbeitnehmern, in denen motorische Kraft benutzt wird, beträgt 400 478. Und die Zahl der Betriebe mit 5—49 Arbeitnehmern beträgt 245 177. Die Zahl der Betriebe mit 50 und mehr Arbeitnehmern beläuft sich auf 37 488.

Wenn 1928 rund 682 942 Anlagen der Kontrolle unterstanden, und 305 266 direkte Betriebsbesichtigungen vorgenommen wurden, so ist jede zweite Anlage einmal im Jahr kontrolliert worden.

Nähere Forderung, daß jeder Betrieb mindestens einmal im Jahr einer Besichtigung unterzogen wird, ist also erst zur Hälfte erfüllt. Es bedarf demnach immer noch unseres Hinweises, daß die heutige Gewerbeaufsicht noch keineswegs unseren Wünschen entspricht.

Da in den 682 942 Betriebsstätten rund 10 800 000 Arbeitnehmer beschäftigt wurden, und da nur jeder zweite Betrieb zur Besichtigung kam, so sind die Arbeitsstätten von rund 5 Millionen Arbeitnehmern unkontrolliert geblieben. Mit diesem Zustand dürften wir uns keineswegs zufrieden.

Wie notwendig die Gewerbeaufsicht ist, ist zu erkennen, daß die Zwiderhandlungen gegen die Beleidigungen über die Beschäftigung von Arbeitnehmern in die Lanze gehen. Und zwar wurden 1928 Zwiderhandlungen ermittelt:

Niederlassungen formeller Vorschriften, 53 275
Bergbau, Meldungen usw., 53 275
Berge, betr. die Beschäftigung von Erzneien, Jugendlichen und Kindern, 44 132
9 407

Was die Hälfte der Anlagen nicht besucht wurde, so sollte die tatsächlichen Zwiderhandlungen auf mindestens 30 000 veranschlagt werden. Das deutsche Unternehmertum verhält sich in bezug auf die Durchführung des gesetzlichen Arbeitsschutzes sehr sorglos Herz, was sich natürlich sehr zum Schaden der Arbeitnehmerchaft auswirkt. Gibt es keine Gewerbeaufsicht, dann wäre es mit der praktischen Durchführung des Arbeitsschutzes schlecht bestellt.

Die 97 000 Zwiderhandlungen wurden in 55 532 Anlagen ermittelt, und die Anzahl der Petitionen, die wegen der im Berichtsjahr begonnenen Zwiderhandlungen bestellt worden sind, beträgt 10 078. Da wir 428 285 Besichtigungen zählen, so haben von den 428 285 Betriebsstätten rund 77 gegen die Arbeitsaufsichtsvorschriften verstoßen, d. h. jeder 7. Betrieb hat die Gesetzesvorschriften übertritten.

Und die Schlafolgerung ist: Die Gewerbeaufsicht muß noch weiter ausgebaut werden. Nur durch Neuorientierung von Gewerbeaufsichtswissen ist die Möglichkeit gegeben, sämtliche Betriebe durch die Gewerbeaufsichtskontrolle zu erfaßten. Und nur durch eine starke Aufsicht kann die deutsche Arbeiterschaft in den reizlosen Genügs des sozialistisch vorgeriebenen Arbeitsschutzes gelangen. Also: Die Gewerbeaufsicht muß noch leistungsfähiger werden als bisher. Hoffen wir, daß die kommende Reform der Gewerbeaufsicht zu Nutzen und Frommen der Arbeiterschaft sich auswirkt.

Zollfrieden oder Wirtschaftskrieg.

Die Durchführung eines zwei-, bis dreijährigen Zollfriedens könnte, wenn sich alle Länder daran beteiligen, zu einer wesentlichen Entspannung der Wirtschaftslage führen. Es fragt sich nur, ob es gelingt, die Länder für eine derartige Abmachung zu gewinnen. Wohl hat der Völkerbund eine solche Konvention aus den verschiedenen Ländern, aber damit allein ist der Zollfrieden noch nicht herbeigeführt. Die Wirtschaftskonferenz ist international, alle Länder leiden unter einem furchtbaren Druck, und der Kampf um die Absatzgebiete hat sich katastrophal ähnlich zugespielt. Der Abschluß eines Zollfriedens wäre das Nächstliegende, eine Entspannung der Lage eintreten zu lassen.

Heute liegen die Dinge so, daß sich jedes Land mit einer möglichst hohen Zollmauer umgibt, um dadurch das Eindringen fremder Waren zu verhindern. Auch solche Länder, die aus handelspolitischer Weitsicht und traditionellen Gründen sonst Gegner der Schutzzollbestrebungen sind, sehen sich unter diesen Umständen zur Einführung von Zöllen genötigt. Ein schlagendes Beispiel hierfür bietet England, das bis in die neueste Zeit am Freihandel festgehalten hat, neuerdings aber immer mehr zum Schutzzoll übergeht. Seine Lage als Inselreich gestattet England die Zurückhaltung, und wenn nicht die Wirtschaftskrise, seit Jahren mit unveränderter Stärke anhalten würde, so würden die Schutzzollbestrebungen in England auch heute noch wenig Anklang finden. Auf dem europäischen Kontinent aber, wo als Kriegsfolge eine ganze Reihe von neuen Ländern entstanden ist, die in aufgeflammten Nationalismus jede fremde Ware verbannen möchten, haben alle Staaten entgegen den Beschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz eine hohe Zollmauer errichtet.

Anfang Mai hat der Wirtschaftsrat des Völkerbundes die dritte Tagung seit seinem Bestehen abgehalten. Herausgekommen ist dabei nichts und über die Zölle wurde, wie auch bei den früheren Tagungen, geflossen, aber nichts unternommen. Wichtig von den Arbeitern ist eine Übersicht über das handelspolitische Gebaren der Länder, vor allem in der Zollpolitik. Danach haben fast alle Länder in den letzten Jahren ihre Zölle für eine ganze Reihe wichtiger Waren herausgesetzt. Allein im Jahre 1928 erhöhten viele Länder ihre Zölle. Italien erhöhte seinen Zucker- und Weizenzoll, Holland schuf einen Wertzoll auf Gold, Schweden erhöhte die Zölle für elektrische Kabel und Wollwaren, in Dänemark traten die erhöhten Zölle für Luxuswaren, Uhren und photographische Artikel in Kraft, in der Türkei sind Zölle für Rohstoffe eingeführt worden, Polen nahm einige Erhöhungen vor, beträchtliche Zollerhöhungen haben China und Japan, hier zum Teil um 100 Proz. vorgenommen. Die baltischen Staaten, Estland, Litauen und Lettland, haben ihre Zölle auf Wein, Streichölzer, Süßfrüchte, Tabak und andere Waren heraufgesetzt. England hat, nachdem in den Jahren zuvor hauptsächlich auf Textilwaren Zölle eingeführt wurden, einen Zoll auf Emaillegeschirr eingeführt. Und auch die britischen Dominien haben alle im letzten Jahre an der Revision ihrer Zollsätze gearbeitet.

Überall zeigt sich das gleiche Bild. Soweit die Staaten an die Änderung ihrer Zolltarife herangegangen sind, muß man die Feststellung machen, daß sie damit die Erhöhung der Zölle verbunden haben. Die Tendenz geht nach oben, was natürlich eine weitere Zuspitzung der handelspolitischen Gegensätze zur Folge hat. Kein Land will zurückstehen, und die Unternehmer verfehlten es überall ganz gut, auf die Regierung ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß Zölle als eine Notwendigkeit angesehen werden. Zur Verbesserung der Wirtschaft führt diese Wirtschaftspolitik nicht, neue Gegenseite werden aufgerissen, die wiederum neue Konfliktsstoffe schaffen.

Die Weltwirtschaftskonferenz im Jahre 1927 hat drei Methoden empfohlen, um die Zölle zu erniedrigen. Es sollen langfristige Handelsverträge mit beiderseitigem Vereinbarungen über die Zölle abgeschlossen werden, die Staaten mögen von sich aus an die Ermäßigung der Zölle herangehen, und drittens wird vorgeschlagen, daß der Völkerbund durch Abmachungen mit möglichst vielen Staaten auf die Senkung des Zollmauern hinzuwirken soll. Wie wenig sich die Länder nach diesen Vorschlägen gerichtet haben, beweist die Tatsache, daß seit 1927 eine ganze Reihe von Zollerhöhungen vorgenommen worden sind. Wichtig ist heute vor allem die Abschaffung von langfristigen Handelsverträgen. Eine Befestigung dafür, daß die Länder diese Methode für richtig halten, kann in dem Abschluß von zahlreichen Handelsverträgen gesehen werden. Hierbei macht sich auch die Tendenz immer schärfer bemerkbar, die Laufzeit der Verträge, die nach der bisherigen Gesetzlosigkeit zumeist auf ein Jahr begrenzt war, auf einen längeren Zeitraum auszudehnen. Nur sind die Zölle durch die Verträge in ganz seltenen Fällen gesenkt worden, und darin liegt zweifellos die große Schwäche dieser Abkommen. Die Länder beobachten eine Zurückhaltung, die nicht dahin gedeutet werden kann, als sei es ihnen ernst mit der Herabsetzung der Zölle. Sicher aber ist, daß sich kein Land bei dieser fortwährenden Aufstockung der Zollmauern wohlfühlt.

Darin liegt das verkehrt der kapitalistischen Handelspolitik, daß sie die eigene Ausdehnung auf Kosten des anderen betreibt, und zwar mit dem Mittel der gewaltsamen Unterdrückung. Die freie Unternehmerinitiative erwies sich hier als eine auf das eigene Land begrenzte. Dadurch die fremde Ware zu verbieten, daß man möglichst hohe Zölle einführt, um sie von dem eigenen Inlandsmarkt auszuschließen, dazu gehört seine große laufmännische Genialität. Das Ergebnis dieser Politik ist ein gegenseitiges Anspornen zur Einführung immer neuer Zölle und zur Herausziehung der bestehenden. Eine Grenze gibt es unter diesen Umständen überhaupt nicht. Bezeichnend aber ist, daß kein Land hieraus die richtige Schlafolgerung zieht, und wie die Tatsachen zeigen, selbst das finanzielle Amerika macht dieses Wettrennen um die höchsten Zollmauern mit. Daß diese Handelspolitik zur Katastrophe führen muss, daß eines Tages doch zur Senkung der Zölle geschritten werden muss, sind Erwägungen, die alle Länder anstreben, denen aber niemand die Taten folgen läßt.

Noch größere Schwierigkeiten entstehen durch die Ein- und Ausfuhrverbote. Solche gibt es heute für bestimmte Waren in fast allen Ländern. Russland beispielsweise hat die Einführung von Sklaven verboten. England hat durch die Einführung eines sehr hohen Klavierzolles die Einführung dieses Instrumentes nahezu erdrückt. Es besteht eine Konvention über die Aufhebung der neu bestehenden Ein- und Ausfuhrverbote, aber nur wenige Länder haben sich zur Ratifikation entschlossen. Man macht die Unterzeichnung von dem Vorantritt anderer Länder abhängig. Es ist das gleiche Spiel, wie es um die Ratifikation des Washingtoner Abkommen geht. Dabei ist die wirtschaftliche Unzufriedenheit dieser Verbote schon eindeutig erweisen; keinem Land ist damit gedient. Zur Gewinnung der Wirtschaft und zur Anbahung wirklich vernünftiger internationale Handelsbeziehungen tragen die Verbote nicht bei. Gemeinsam mit den hohen Zollmauern, die den französischen Arbeitsminister Louchet einmal als Stacheldrahtverhaue bezeichnet hat, verschärfen sie die Lage immer noch mehr. Es wäre also durchaus zu begrüßen, wenn es zur Einführung eines Zollfriedens kommt. Die ganze Welt braucht Ruhe. Dem großen Völkerkrieg ist ein Wirtschaftskrieg gefolgt. Land gegen Land kämpft mit Zöllen und Aus- und Einfuhrverboten. Die Leidtragenden sind die breiten Massen, die vielen Millionen, die von der Hand in den Mund leben. Darum hat auch die Arbeiterschaft ein Interesse daran, daß ein Zollfrieden eingeführt wird.



Die Glasarbeiter.

Im glühenden Ofen
befindungert von Schwel und Gas,
da liegt das zitternde,
augenderblendende Glas.
Und rings um den Ofen herum
gebabt im salzigen Schweiß,
da ringen wir armen Proleten
um einen erbärmlichen Preis.

Die surrenden Städter
durchdröhnen die stidige Luft,
sie schreien und höhnen
hinein in die moderne Gruft:
Dein Vater ward vierzig,
dein Großvater fünfzig noch alt,
wirst du verrecken,
warte, ich hole dich bald!

Die Wände, die grauen,
klagen es grinsend uns an:
Ihr göttlich Gefroten,
los, an die Arbeit heran.
Hier gibt es kein Ruhen,
hier schafft ihr, ein jeder ist Knecht,
und sieben Marti täglich,
zum Teufel, das ist doch nicht schlecht.

So stehen wir täglich,
umgeben von Schwefel und Glut,
zerschundene Menschen,
die drohende Schwindflucht im Blut.
So schinden wir fluchend uns ab
im Herzen den lodernden Hass,
und formen und blasen
im hastigen Zagen das Glas.

B. B. d.

Rückblicke und Ausblicke eines erwerbslosen Tafelglasarbeiters.

Gottverdammte Schinderei, diese und ähnliche Krautausbrüde konnte der hören, der früher einmal seinen Fuß in eine Tafelglashütte setzte. Zumal im Sommer, wenn vor Schwitz alles triefte und Krampferscheinungen an Händen und Füßen sich bemerkbar machen. Vor dem Kriege war es keine Seltenheit, daß 12 bis 18 Stunden geschuftet wurde. In der Nachkriegszeit fanden die Tafelglasarbeiter geschlossen den Weg zur Organisation, und es war dadurch möglich, die schweren Arbeitsbedingungen wesentlich zu verbessern. Der Krieg und seine Folgen lasteten schwer auf unserer Industriezeit. Der Baumarkt, auf dem die Tafelglasindustrie in der Hauptfache angewiesen ist, lag zunächst vollkommen still und als die Tätigkeiten wieder einzogen, fehlte die Kohle. Die Kollegen von Sachsen hatten besonders schwer darunter zu leiden. Es wurde fast gesäuft, ja die Oesen wurden ganz gelöscht. Das unter solchen Verhältnissen sich niemand Ersparnisse machen konnte, ist wohlverständlich.

Mit der Stabilisierung der Währung gab es wieder Hoffnung in genügenden Mengen und auch der Baumarkt wurde wieder „angefeuert“. Das wirkte sich in der Glasindustrie insofern aus, daß die meisten Oesen wieder angebrannt wurden.

Alles atmete ernst auf, kamen doch die Kollegen endlich einmal in den Genuss des vollen Arbeitsvertrages. Da türmten sich neue Wollen an, was leider viel zu wenig beachtet wurde, nämlich die zwar langsame aber steile Entwicklung in der Herstellung von Maschinenglas.

Hier eine kleine Episode, die sich anlässlich einer Tarifverhandlung, ich glaube, es war im Jahre 1922, in Berlin abgespielt hat. Es ging hart auf hart. Wir waren wieder einmal, wie so oft, am „tolten Punkt“ angelangt. Da sprang plötzlich ein Unternehmer erregt auf und sagte dem Sinne noch folgendes: „Wenn Sie (die Gewerkschaften) die Lohnpolitik so fortführen, bringen Sie die Industrie zum Bankrott. Da war es unser Kollege Girbig, der den Herren entgegengrat und ihnen erwiderte, daß es nicht der Verband sein wird, der die Betriebe zum Ruin bringt, sondern das werden die Maschinen in einem besorgen. Wie richtig der Kollege Girbig die Lage übersehen hat, das hat ein jeder von uns am eigenen Leibe erfahren müssen. Wenn bisher die Erzeugung von Tafelglas auf mechanischen Wege nur im Ausland getötet wurde, ging man nunmehr dazu über, auch in Deutschland derartige Fabriken zu errichten. Die ersten Produkte, die auf den Markt kamen, sahen nicht gerade vertrauenerweckend aus, und man hatte das Gefühl, daß das Ding wohl noch gute Weile haben würde.“

Doch mit der Zeit beseitigte die Technik die größten Mängel. Die Ziehstreifen wurden auf ein Minimum vermindert. Bis Ende 1927 hielten die mechanischen Betriebe an den Preisdifferenzen der Handbetriebe fest. Doch im Januar 1928 wurde plötzlich der Verkaufspreis für den Quadratmeter Maschinenglas um 15 bis 25 Proz. herabgesetzt. Damit hatte wohl niemand gerechnet. Die Ergebnisse überturzten sich. Ein Massensterben trat ein und in ganz kurzer Zeit lag fast die gesamte alte Tafelglasindustrie am Boden, und es hat den Anschein, daß die Fabrikate nicht mehr gebraucht werden. In den Gemeinden, wo die Tafelglasindustrie dominiert, z. B. in Radeberg, wirkten sich die Verhältnisse besonders stark aus. Die jüngeren Kollegen sind zum großen Teil in anderen Industrien untergekommen, die älteren sind meistens noch heute arbeitslos. Dem Verband und der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert, angewiesen auf Fürsorgeunterstützung, herrschte bei vielen Kollegen eine verzweifelte Stimmung. Wie die Lage von der Stadtverwaltung beurteilt wird, zeigt am besten die Rede, die der erste Bürgermeister von Radeberg vor kurzem gehalten hat. Wörtlich heißt es dort: „Die Lage ist besonders idiosynkratisch. Die technische Umwälzung der Tafelglasindustrie hat nicht weniger als fünf Tafelglashütten, die während ihrer Blütezeit über 2000 Arbeiter beschäftigten, stillgelegt. Seit zwei Jahren sind hunderte von Glasmachern am Orte arbeitslos. Ihre Versuche, in andere Sütten einzutreten, scheiterten daran, daß auch anderwärts die Hüttler zum Tilslein gekommen sind. Die Tafelglasmacher und ihre Schillen sind am Orte die höchst bezahltesten Arbeiter gewesen, der Ausfall dieser Lohnsummen hat die heisigen Wirtschaftskrisen schwer getroffen. Die neue, mit Hilfe des Staates und unter Mitwirkung der Stadt, wäre noch hinzuzufügen der Gewerkschaft, errichtete Ziehglasfabrik ist zwar mit guten Aussichten für die Zukunft in Betrieb gesetzt worden. Die alten Tafelglasarbeiter blieben trotzdem arbeitslos.“ So weit der Bürgermeister. Ich habe dem nichts hinzuzufügen, es würde die Wirkung nur abschwächen.

Da erscheint in der Nummer vom 7. November 1929 des „Keram. Bund“ eine Mitteilung unter der Überschrift: „Mangel an Fensterglas? Nach dieser Notiz muß angenommen werden, daß heute tatsächlich der Markt mit Fensterglas nicht gedeckt

werden kann. Es scheint, so wird weiter gesagt, daß die Umstellung vom Hand zum Maschinenbetrieb zu schnell vorgenommen wurde, und daß durch einsehende Reparaturen an den Wannen der Glasmangel eingetragen ist. Der Kollege Krebs behandelte diese Erscheinung in der nächsten Nummer ausführlicher und kam, nachdem er diese Quoten an Hand einer Statistik vom Jahre 1913 bis 1929 verglichen hatte, zu dem Schluss, daß der Großhandel, aber auch die Verkaufsvereinigungen, verlagt haben. Beide Gründe scheinen mir stichhaltig. Zur Statistik hätte ich doch einiges zu sagen. Im Jahre 1913 wurden demnach 20,5 Millionen Quadratmeter und 1929 rund 22 Millionen Quadratmeter hergestellt. Die Verwendungsmöglichkeiten für Tafelglas haben sich aber doch seit 1913 grundlegend verändert. Ich denke da z. B. an die Vermehrung der Autos. Ganz annehmliche Mengen gebraucht die Möbelindustrie, weiter wird in den Geschäften und zu Schauständen, überall wo man hinschaut, viel Glas verbraucht. Nach reizlicher Überlegung bin ich zu dem Schluss gekommen, daß die herangezogene Statistik nicht das richtige Bild wiedergibt. Es wird wohl der Hauptgrund darin liegen, daß man den Handbetrieb zu schnell abgeworfen hat. Das findet aber seine Erklärung darin, daß die Maschinenhütten den großen Schlag führen mußten, sonst hätte es passieren können, daß verschiedene Betriebe von ihnen auf der Strecke blieben. Unz. ginge in die ganze Sache weniger an, wenn nicht bei solchen Auseinandersetzungen die Arbeiter die Geschädigten wären. Oh, welche Ironie! Auf der einen Seite tausende von Glasarbeitern arbeitslos, dem Hunger und Elend preisgegeben, auf der andern Seite Glasmangel. Unsere Kollegen bemühen sich vergeblich, sich da zurechtzufinden. Und das nennt man „die von Gott eingesetzte Wirtschaftsordnung“.

Doch Kopf hoch! Es mehren sich die Zeichen, daß die kapitalistische Wirtschaft abtreten muß. Schon feint im Schoße der alten Wirtschaft eine neue heran. Wir wollen hoffen und ansehen, daß wir dabei noch mithelfen können. d. w.

Schmerzenschrei eines alten Kollegen.

Seht hin ich 72 Jahre alt, ich war bis zum Frühjahr 1929 bei der Firma August Leonardi, Glaswerke in Schwepnitz, 28 Jahre als Glasmacher tätig. In diesen langen 58 Jahren habe ich treu und fleißig meiner Arbeit vorgestanden und ungebühr viel zum Aufschwung des Betriebes beigetragen. Ob Arbeiter oder Beamte, es durfte nur wenige Personen geben, die in so langen Jahrzehnten ihre Pflicht erfüllen können. Naß von jeder Krankheit verschont, konnte ich Tag für Tag in den 58 Jahren meiner Arbeit nachziehen.

Im Jahre 1912/13 erkrankte ich am grauen Star und wurde operiert. Damals war ich 55 Jahre alt. Die Operation gelang, ich kam wieder zu meinem vollen Augenlicht. Noch 16 Jahre hindurch habe ich den mir liebgewordenen Beruf eines Glasmachers ausgeübt. Klagen über meine Arbeit wurden nicht laut, bis endlich meine Augen so schlecht wurden, daß ich die Arbeit mit dem 71. Jahre einstellen mußte und mich heute von anderen Personen auf der Straße führen lassen muß. Auf Grund der Tatsache, daß ich noch nach meiner ersten Operation 16 Jahre hindurch arbeiten konnte, habe ich unsere Organisationsleitung gebeten, meine Augenerkrankung anzumelden, da für eine Berufsunfähigkeit sei und bat dringend alles zu tun, um für mich eine Rente zu erhalten. Die französischen Gutachten konnten auf Glasmacherstar. Da aber die Verordnung vom 11. 2. 1929 besagt, daß nur die Glasarbeiter eine Rente erhalten, die nach dem 1. Januar 1920 erkrankt sind, so war ja schließlich vorauszusehen, daß ich abgewiesen würde. Meine Hoffnung aber war, wenn man fast noch 16 Jahre nach der ersten Operation als Glasmacher tätig ist, daß eigentlich eine ganz neue Erkrankung vorliegen muß, die im Berufsleben der Glasarbeiter entstanden ist. Es muß auch festgestellt werden, daß die Verschlimmerung meines Leidens erst nach dem Jahre 1925 eingetreten ist. Bis dahin war mein Augenlicht trotz der früheren Operation ein gutes.

Wie bereits erwähnt, bin ich jetzt mit meinem Rentenantrag durch Verfügung des Reichsversicherungsamtes abgewiesen worden. Abgewiesen, nach einer 55jährigen Tätigkeit als Glasmacher. Um meinem Lebensabend gehe ich nun zu meinen Kindern, die selbst nur kaum ihre Bedürfnisse befriedigen können. Meine Ersparnisse sind durch die Inflation zum Teufel. Meine ganze Stütze ist heute noch die Organisation; der Keramische Bund. Es ist kein Vorwurf gegen mich zu erheben, wenn man zu dem Gedanken kommt, Schluss mit dem Leben zu machen.

Meine Berufsunfähigkeit drängt zu der ersten Frage, daß die Glasarbeiterchaft alle Verantwortung hat, in ihrem eigenen Interesse dazu Stellung zu nehmen. Die Verordnung muß so ausgestaltet werden, daß alle die im Beruf erkranken auch eine Rente erhalten müssen. Keine Gleichmäßigkeit gegenüber dieser wichtigen Frage darf Platz greifen. Die heute noch im Betrieb beschäftigte Kollegenchaft ist an dieser Frage interessiert, weil auch sie die Gefahr erkennen muß, die ihr einmal droht, wenn eine solche Krankheit eintritt. Ich weiß, daß meine eigenen Leidensgefährten, alle alten Kollegen, das große Interesse daran haben, beim Ausbruch einer Berufsunfähigkeit sicher gestellt zu sein.

Gustav Künn, Schwepnitz.

Tschechoslowakei.

Die Wirtschaftskrise in der Glasindustrie. Zu den Industrien, die am stärksten krisenhafte Erscheinungen aufweisen, gehört vor allem die Glasindustrie. Durch etwa drei Jahre herrschte ein unheimlicher Geschäftspanz. Einzelne Zweige der Glasindustrie waren sogar stark beschäftigt. Selbst im Erzgebirge und in dem Gebiet Haifa-Steinschönau fehlte es nicht an Aufträgen und an Arbeitsmöglichkeiten. Einzelne Unternehmer könnten in diesen Jahren sehr gute Gewinne machen, während sich die Arbeiter insbesondere der Zersplitterung in der gewerkschaftlichen Organisation, bis auf vereinzelte Ausnahmen, mit den früher erzielten Löhnen zufrieden geben mußten. Sie trifft die jetzige Krise in der Glasindustrie und die zunehmende Beschäftigungsschlacke überraschend hart.

Unser Verband der Glasarbeiter hat jetzt in seinem Verbandsgebiet Erhebungen über den Umfang der Wirtschaftskrise in der Glasindustrie vorgenommen. Erfaßt werden die Industriegebiete, die im deutschen Sprachgebiet der Tschechoslowakei liegen. Es sieht aber in den anderen Gebieten der Glasindustrie nicht besser aus. Nach den durchgeführten Erhebungen wurden bisher im Erzgebirge 54 Betriebe mit 2861 Arbeitern gänzlich eingestellt. Teilweise eingestellt wurden 612 Betriebe mit 1217 Arbeitern. Im Haifa-Steinschönauer Glasindustriegebiet sind 24 Betriebe mit 610 Arbeitern gänzlich eingestellt worden. Eine teilweise Einstellung weisen 65 Betriebe mit 1870 Beschäftigten auf. Im Teplitzer Gebiet wurde ein Betrieb mit 112 Arbeitern gänzlich eingestellt. In 8 Betrieben mit 470 Arbeitern wird teilweise gearbeitet. Im Böhmerwald sind 7 Betriebe mit 183 Arbeitern gänzlich eingestellt und 5 Betriebe mit 700 Arbeitern teilweise. Auf die deutschen Gebiete in Mähren und Schlesien entfallen zwei teilweise eingestellte Betriebe mit 78 Arbeitern.

Insgesamt sind im Gebiete des Zentralverbandes der Glasarbeiter mit dem Sitz in Tannwald 86 Betriebe gänzlich eingestellt mit 2799 Arbeitern, während 690 Betriebe mit 9295 Beschäftigten teilweise arbeiten. Dazu kommen noch die in der letzten Zeit erfolgten Kündigungen in der Maschinenglasindustrie, 250 in Unter-Meichenau und 600 in Bleistadt. Außerdem gibt es noch unter den Heimarbeitern in den deutschen Glasindustriegebieten zahlreiche Arbeitslose oder nur teilweise Beschäftigte, sodaß sich in dem Ergebnis der Erhebungen unseres Glasarbeiterverbandes noch nicht der ganze Umfang der Wirtschaftskrise in der Glasindustrie ausdrückt.

Die tschechoslowakische Glasindustrie ist vorwiegend auf den Export angewiesen. Sie leidet am stärksten unter dem jetzigen Zustand der Handelsverträge. Ungünstige Veränderungen in den Wirtschaftsverhältnissen jener Länder, in die unsere Glasindustriezeugnisse ausgeführt werden, wirken sofort auf den Beschäftigungsgrad unserer Glasindustrie zurück. Soweit die Entlassungen in der Maschinenglasindustrie in Frage kommen, erklären sie sich mit daraus, daß in diesem Zweige der Glasindustrie in den letzten Jahren zu großen Betriebserweiterungen vorgenommen worden sind. Das ist auch anderswo geschehen, wo sich denn auch dieselben Folgeerscheinungen zeigen. So wird berichtet, daß in Belgien ebenfalls Betriebe in der Maschinenglasindustrie stillgelegt wurden und große Arbeitserlassungen vorgenommen sind. Auch Deutschland und Frankreich weisen Rückschläge in der Maschinenglasindustrie auf. Stärker als jemals macht sich jetzt, wo sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Glasindustriegebieten immer kritischer gestalten, das Fehlen einer geschlossenen gewerkschaftlichen Organisation bemerkbar. Das Politbüro der Kommunisten aber töbt um so gewissermaßen gegen die Gewerkschaften und schwächt so die Kraft der Arbeiterklasse zum Vorteile des Unternehmertums.

Echöte Ausfuhr deutscher Glaswaren.

In der Glasindustrie macht sich in der letzten Zeit eine steigende Abschöpfung von Glaswaren ins Ausland bemerkbar, während der Inlandsabsatz zu wünschen übrig ließ. In den ersten neun Monaten des vorliegenden Jahres betrug der Ausfuhrwert an Glas und Glasswaren 189,1 Millionen RM, gegenüber 156,8 Millionen RM in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Bei der Einfuhr ist nur eine geringe Steigerung zu verzeichnen. Der Wert eingeführter Glaswaren stieg von 22,9 auf 24,8 Millionen RM. Es ist demnach in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres ein Ausfuhrüberschub von 156,8 Millionen RM erzielt worden. Die Ausfuhr beträgt etwa 35 bis 40 Proz. der Gesamterzeugung. Verhältnismäßig stark war der Export von Gläsern für optische Zwecke, wie Linsen, Ferngläsern, Mikroskop und ähnlichen Erzeugnissen, deren Ausfuhrwert von 42 auf 57 Millionen RM gestiegen ist. Bei medizinischen und chemischen Glasinstrumenten einschließlich Thermometer war eine Steigerung von rund 4 Millionen RM vorhanden.

Die schwache Absatzmöglichkeit im Inlande, insbesondere bei Gläsern für den allgemeinen Bedarf, ist ein Zeichen mancher Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung, die zu haben und zu verbessern Aufgabe aller verantwortlichen Volkswirtschaftler sein müßte.

Belgien.

In der belgischen Glasindustrie macht sich eine außergewöhnliche Konzentrationsbewegung bemerkbar; aus der insbesondere die nach dem Foucault-Patenten arbeitenden Fensterglasfertigkeiten ziehen werden. In Belgien bestehen seit Jahren 12 Foucault-Gesellschaften, die in einem Verkaufsbüro zusammengekommen sind. Drei Glasmacher schlossen sich im vergangenen Jahre dem Büro an. Nunmehr steht für die nächste Zeit eine Fusion aller nach dem Foucault-Patent arbeitenden Glasunternehmen bevor. Die neue Vereinigung wird mit einem Kapital von 100 Millionen Franc ausgestattet sein. Durch diese Verschmelzung wird auch eine Reihe von Spiegelglasunternehmungen in die Zusammenlegung einbezogen. Da die Foucault-Patente im laufenden Jahre für Belgien erschienen und dadurch eine eingeschränkte Ausnutzung der selben erfolgen kann, werden die Vorarbeiten für den Zusammenschluß sämtlicher Hütten in die neue Vereinigung mit Energie betrieben. Dieser inneren Verschlechterung der Foucault-Gesellschaften läuft eine Ablehnung an die belgische Löwen-Gesellschaft parallel. Zur Zeit besteht bereits eine stillschweigende Vereinbarung hinsichtlich gewisser Preisfeststellungen. Nach Durchführung oben erwähnter Pläne soll eine endgültige Vereinbarung mit der Löwen-Gesellschaft angestrebt werden. Diese Vorgänge werden zur Folge haben, daß die in der Spiegelglasindustrie führende Gruppe Saint-Gobain auf die maschinelle Fensterglasproduktion auch in Belgien großen Einfluß gewinnt. Da die maschinelle Fensterglasproduktion in Belgien am stärksten vertreten ist, hat diese Zusammenlegung auch für die übrigen Länder Europas sehr große Bedeutung.

Brackwede.

In Brackwede auf der Glashütte Teutoburg haben die Glasmacher wegen Reparatur 3 Wochen mit der Arbeit ausgesetzt müssen. Nach Wiederaufnahme der Arbeit ist auch wieder eine neue Flaschenmaschine in Betrieb gesetzt worden. Wieder einmal sind Flaschenmaschinen, die zum großen Teil schon über 10 Jahre in dem Betrieb tätig sind, aus ihrem Betrieb verdrängt worden. Diese treuen Flaschenmacher, die ihre ganze Arbeitskraft lange Jahre hindurch dem Betrieb zur Verfügung gestellt haben, werden nun als Reiserbeitsmacher oder mit anderen Arbeiten beschäftigt, die, wenn man sich gelinde ausdrücken will, einen gelernten Flaschenmacher nicht angemessen werden sollten. Dieses Leid wird in Brackwede von Tag zu Tag größer. Was uns dort noch alles bevorsteht, kann niemand voraus sagen; trotzdem kommen immer noch Flaschenmacher von auswärtigen angereist in dem Glauben, in Brackwede standische Arbeit zu finden. Diese Kollegen sollten sich an den Arbeitsnachwuchs, der sich in den Händen des Kollegen Eduard Oedelte, Brackwede, Gütersloher Str. 8, befindet, wenden oder aber in der Zahlstelle, der sie ausreichen wird, Anstunft sichholen, die ihnen jederzeit kostenfrei erzielt wird, um sich selbst vor Schaden zu bewahren.

Dermbach (Rhön).

(Richtigstellung.) Betreffs der Notiz in Nummer 4 des „Keram. Bund“ vom 25. Januar muß es bestehen. Einem Arbeiter wird gefündigt weil er angeblich schlechte Ware geliefert hat. Es handelt sich also nicht um eine Kündigung. Die Kündigung ist inzwischen zurückgezogen.

Hörstel (Westf.).

Der Arbeitsnachweis in Hörstel für Flaschenmacher befindet sich in Händen des Kollegen Paul Müller II, Glashütte Nr. 155. Arbeitsangebote auswärtiger Kollegen sind nur an diese Adresse zu richten. Es wird dringend gebeten, diesen Hinweis streng zu beachten!



Rheinisch-Westfälischer Ziegeleibesitzerverband und Tariffragen.

Auf allen Tagungen der Ziegeleibesitzer befassen sich diese immer wieder mit Tariffragen. Sie behandeln die Fragen nicht etwa nebenächlich, sondern die Lohn- und Tariffragen sind Hauptfragen mit. Daraus ergibt sich für uns als Ziegler die Tatsache, daß die Ziegeleibesitzerverbände mit dem sozialen Einfuß der Gewerkschaften rechnen.

Am 16. Dezember 1929 wurde vor dem Syndikat des rheinischen Ziegeleibesitzerverbandes Dr. Krohn auf einer Tagung in Düsseldorf aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des rheinischen Ziegeleibesitzerverbandes ein langer Vortrag gehalten über die Verhältnisse in der rheinischen Ziegelindustrie der letzten zehn Jahre.

Es ist selbstverständlich, daß der Vortrag im Sinne der Arbeitgeber gehalten wurde. In seinem Rückblick befaßte sich Dr. Krohn mit der Kohlenversorgung, Preisbeaufsichtigung, Preisbildung und Preispolitik, sowie Syndikatsbildung und Tariffragen. Es ist selbstverständlich, daß es an Seitenhieben auf die Regierung wegen ihres Eingreifens in die Preispolitik der Besitzer, wegen Steuerabgaben, Schlichtungsweisen usw. nicht fehlte. Auch wurden, wie immer, die bekannten Wünsche der Besitzer vorgetragen. Dies nimmt uns nicht weiter wunder, denn sonst wäre es keine richtige Ziegeleibesitzertagung. Wir können daher alle diese Schilderungen und Klagen, wie schlecht es den Ziegeleibesitzern gehe, übergehen, sie sind den Ziegeln genügend bekannt. Denn hätten die Ziegeleibesitzer recht, so würde es ihnen noch viel schlechter gehen als den Ziegeln.

Soweit sich aber Dr. Krohn mit den Tariffragen und Lohnforderungen befaßt hat, wollen wir seine Ausführungen unserer Lesern nicht vorenthalten. Wie lesen darüber in der "Tonindustrie-Zeitung" Nr. 95 vom Jahre 1929 folgendes:

Neben diesen einem Wirtschaftsverband zusammengesetzten Tonnen und durch natürliches Ursprungsgebiet, nämlich die Lohn- und Tariffragen, nicht außer acht gelassen werden. Tarifverträge in ähnlicher Form, wie sie heute vorherrschen, liegen vom ersten Jahre des Bestehens des Verbandes vor und haben natürliche Wandlungen aller Art mitgemacht. Diese Wandlungen wurden unbedingt teils durch geistige Maßnahmen, wie Betriebsratgesetz, Schlichtungsverordnung, Arbeitszeitnotgesech, teils durch die allgemeine Entwicklung und nicht zuletzt durch die Erfahrungen, die auf dem Gebiete des Tarif- und Lohnpolitis in den einzelnen Jahren gesammelt werden konnten. Von Anfang an ging der Kampf im Tarifvertrage um die Abschaffung des Urlaubs für die Saisonarbeiter, Ausbau des Pflichtsystems in den Ziegeln, Ausdehnung der Arbeitszeit, Verringerung des Verdienstes usw., das sind die Hauptforderungen der Ziegeleibesitzer. Nunmehr wieder behaupten die Besitzer, die Löhne und Soziallasten steigen, aber die Erhöhungen finden keinen Ausdruck in der Preise erhöhung der Produkte. Wäre dem so, dann müßten schon alte Ziegeleibesitzer längst vom Pleitegeier ergriffen sein. Aber wir sehen, daß es den Ziegeleibesitzern immer noch bedeutend besser geht als den kempelnden Ziegeln.

Die Ziegeleibesitzer haben sich in ihren Arbeitgeberverbänden zusammengekommen, um den einheitlichen Bedürfnissen der Zieglerchaft entgegen zu treten. Sie fragen nicht nach dem politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis des einzelnen Besitzers, sondern da heißt es einfach: „Ist du Ziegeleibesitzer, dann gehörst du in den Arbeitgeberverband.“ Anders ist es bei den Ziegeln, da gibt es noch immer welche, die glauben, infolge ihrer religiösen oder politischen Gesinnung nicht freigewerkschaftlich organisiert sein zu können. Wenn werden diesen Ziegeln die Klagen aufgehen. In dem Verhalten der Besitzer sollten sie sich ein Beispiel nehmen und den Weg finden zur einheitlichen großen starken Zieglergewerkschaft, dem Karabinischen Union, dann wäre manches besser.

Konrad Pothast, Detmold.

Keram-Pflaster.

Jug. B. Max Grüne, Berlin-Kreuzberg.

(Alle Rechte vom Verleger vorbehalten.)

Die Tatsache, daß man schon im Altertum der Pflege der Straßen großen Wert beimaß, daß besonders die Römer unter und lange Kunsträumen zur Erleichterung des Verkehrs mit ihren Kolonien bauten und unterhielten, ist ebenso bekannt, wie der Vertall der Straßbaufunktion im Mittelalter.

Neben den natürlichen Steinen, neben Holz geeigneter Beschaffenheit und in den leichten Jahrzehnten Asphalt, hat aber seit sehr auch der keramische Pflasterstein eine Rolle gespielt. Die Bedeutung der durch Brennen gewonnenen Pflastersteine für die Straßbefestigung ist im internationalen Straßendauereien sehr verschieden. Jedenfalls ist nicht zu verneinen, daß auch neuerdings wieder in nicht wenigen Ländern umfangreiche Versuche mit Ziegelpflaster gemacht werden. Diese Tendenzen spießen sich auch in der Zahl der überall genommenen Potente bis zu einem gewissen Grade wider.

Bei den keramischen Pflastersteinen werden die durch Brennen der Klafe zwecks Erzielung des erforderlichen Härtegrades gewonnenen Steine von den aus kaltem Wege erhaltenen unterschieden, bei denen durch gewisse Bindemittel die Härting in der Haupthärtung auf chemischem Wege erreicht wird.

Durch Brennen hergestellte Pflastersteine, namentlich die bekannten Klinkersteine, treffen wir im Kunstmuster häufig an. Hierbei kann beobachtet werden, daß diese Keramsteine zunächst meist in der Gegend ihres Fabrikationsortes zur Straßeneinfestigung verwertet werden.

Was die Rohstoffe und überhaupt die Frage der Zukunft der künstlichen Pflastersteine anbelangt, so sagt Dr. Altmüller mit Recht, daß hier mannigfache Gesichtspunkte zu beachten sind. Zum Keramplaster kennst man in der Tiefsee des Norddeutschlands z. B. rot brennende Martsch- oder ähnliche Tone, während man in Amerika Schiefersteine bevorzugt und in Ungarn hauptsächlich faltähnliche Tone verarbeitet. Wenn man in Amerika mit Ziegelpflaster gute Erfahrungen gemacht hat, so beruht das zum Teil auf gute Eigenschaften der dort verarbeiteten Tone. Diese haben den Sandgehalt meist in sehr seiner Form. Aus solchem Material ist es leicht, die Pflastersteine richtig vorzubereiten, zu formen und zu brennen. Dagegen geben Rohstoffe, die größere Quarzstücke aufweisen, Veranlassung zu Rissbildungen und Abbrüchen. Immerhin sind zahlreiche Fabrikate, z. B. die Budapester Klinker beweiskräftig dafür, daß man aus verschiedenen Tonarten und Mischungen gute Erzeugnisse erhält.

Keramsteine für Pflasterzwecke sollen einerseits bei möglichst dichtem Gefüge bis zur Sinterung gebrannt sein, müssen aber doch wenig spröde ausfallen. Braunkohletone aus Mitteleuropa sind setze Tone. Diese lassen sich im ungemagerten Zustande beinahe nicht brennen. Leider aber blähen sie nur zu leicht beim Erreichen der Sinterungstemperatur auf. Dem Seiten Ton haftet der Nebelstand an, daß sie rasch sintern. Dadurch werden sie flachartig und -de. Infolge des erwähnten Aufblähens erreichen diese keramischen Erzeugnisse nicht die Widerstandsfähigkeit und Härte der Tone, die ohne Aufblähens dicht brennen und wesentlich höhere Härte bis zur Höhe von 2,5 besitzen. Man hilft sich hier durch Aufzukneten plastischer Material in möglichst fein verteilter Beschaffenheit, um einwandfreie Pflastersteine zu fabrizieren.

Bei wissenschaftlichen Versuchen mit gewöhnlichem Quarzsand, Chamotte, von untergebrannten fetten Tonen und Sinterland ergab sich, daß die Schereneigenschaften bei Magierung mit Sinterland zuverlässiger sind, als wenn man Chamotte oder andere Magierungsmaterialien benutzt. Der benötigte Quarzsand wird durch Brennen und dann Mahlen auf der Kugelmühle gewonnen. Eine Hauptbedingung für einen guten Keramplasterstein ist eine sorgfame Vorbereitung und beste

finden, die heute wohl bei uns als festliegend für die künftigen Tarifverhandlungen angesehen werden kann.

Von Anfang an läuft durch sämtliche Tarif- und Lohnverhandlungen hindurch die Einstellung der Gewerkschaften, daß mit jedem Ablauf des Tarifvertrages eine selbstverständliche Verbesserung des Arbeitsverhältnisses und Erhöhung der Löhne Hand in Hand gehen müsse. Wenn diese Erziehung auch in sämtlichen Industriegruppen zu beobachten ist, so war sie für die Ziegelindustrie besonders gefährlich. Meist auf der Verhandlungen eingangs der Kampagne statt, und es wurde von der Gegeenseite stets die kommende zu erwartende große Bankenkonjunktur besprochen. Wenn auch in solchen Verhandlungen nachgewiesen werden konnte, daß sich in der vergangenen Zeit die Dinge bestimmt nicht so entwidelt hatten, wie bei den Verhandlungen seitens der Gewerkschaften angenommen worden war, vielmehr im Gegenteil eine rückläufige Konjunktur eingetreten war, so wurde trotzdem immer auf dem im Vorjahr vereinbarten Konjunkturlohn erneut aufgebaut, erneut gefordert und erneut erhöht. Und so kam es, daß der Lohnanteil bei der Fabrikation gegenüber der Vorfriegszeit eine ganz weientliche Verschiebung erfuhr, die nun so mehr stieg als die vermehrten sozialen Lasten auf einer weit höheren Lohnsumme sich aufbauten, als dies sonst der Fall war. Dieses System hat glücklich eine Steigerung der Löhne gegenüber der Vorfriegszeit von mehr als 100 Proz. nach dem heutigen Stand der Löhne mit sich gebracht.

Sowohl der Bericht der "Tonindustrie-Zeitung". Aus diesen Darlebungen erschen mir, daß die Ziegeleibesitzer sich ganz intensiv mit Lohn- und Tariffragen auf ihren Tonungen beschäftigen. Nicht schärfer kann die Begehrlichkeit der Ziegler gezeigt werden. Abschaffung des Urlaubs für die Saisonarbeiter, Ausbau des Pflichtsystems in den Ziegeln, Ausdehnung der Arbeitszeit, Verringerung des Verdienstes usw., das sind die Hauptforderungen der Ziegeleibesitzer. Nunmehr wieder behaupten die Besitzer, die Löhne und Soziallasten steigen, aber die Erhöhungen finden keinen Ausdruck in der Preise erhöhung der Produkte. Wäre dem so, dann müßten schon alte Ziegeleibesitzer längst vom Pleitegeier ergriffen sein. Aber wir sehen, daß es den Ziegeleibesitzern immer noch bedeutend besser geht als den kempelnden Ziegeln.

Die Ziegeleibesitzer haben sich in ihren Arbeitgeberverbänden zusammengekommen, um den einheitlichen Bedürfnissen der Zieglerchaft entgegen zu treten. Sie fragen nicht nach dem politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis des einzelnen Besitzers, sondern da heißt es einfach: „Ist du Ziegeleibesitzer, dann gehörst du in den Arbeitgeberverband.“ Anders ist es bei den Ziegeln, da gibt es noch immer welche, die glauben, infolge ihrer religiösen oder politischen Gesinnung nicht freigewerkschaftlich organisiert sein zu können. Wenn werden diesen Ziegeln die Klagen aufgehen. In dem Verhalten der Besitzer sollten sie sich ein Beispiel nehmen und den Weg finden zur einheitlichen großen starken Zieglergewerkschaft, dem Karabinischen Union, dann wäre manches besser.

Konrad Pothast, Detmold.

Durchmischung des Materials. Diese Aufgabe muß dann gewissenhaft durchgeführt sein, wenn man dem Ton noch andere Rohstoffe zufügt. Bei der Fabrikation müssen die im Ton enthaltenen Steine entfernt werden. Man kann die Steine aber auch zerkleinern und mit bearbeiten. Diese Vorschriftenregeln sind nötig, da die Unterschiede der Schwundung der großen und kleinen Sandkörner sonst leicht zu Rissen während des Brennprozesses führen. Die besten Ton für Pflastersteine werden gewöhnlich frei aus der Erde gewonnen. Beimischen von Feldspat oder ein nicht bedeckender Gehalt an Eisen, nicht über 5 Proz., sind für die Fabrikation vorteilhaft. Dagegen soll der Ton möglichst frei von Kohlenasche Rast sein. Dieser wandelt sich nämlich beim Brennen in Zeolith um. Dringt dann Wasser in den Ziegel ein, so zerstört er. (Schluß folgt.)

Konferenz für die Kalk- und Zementindustrie.

Am 19. Januar tagte in Halberstadt, Gewerkschaftshaus, eine Konferenz für die Kalk- und Zementindustrie. Mitteidenschaft waren 30 Vertreter der Betriebsteile und Betriebe und je ein Vertreter des Hauptvorstandes, der Branchenleitung und der Gauleitung.

Tagessordnung: Stellungnahme zur Kündigung des Lohnarbeitsvertrags unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage; Sonstige Branchenangelegenheiten.

Zum 1. Punkte referierte der Kollege Elzner (Charlottenburg) und führte folgendes aus:

Bei Prüfung der Frage, ob und zu welcher Zeit der Lohnvertrag zu kündigen sei, muß die Wirtschaftslage in der Kalk- und Zementindustrie weitgehend beachtet werden.

Es müssen die Gründe geprüft werden, die gegen eine Kündigung, aber auch die, die für eine Kündigung sprechen.

Es soll nicht verkannt werden, daß in der Kalk- und Zementindustrie, wie in der Baustoffindustrie überhaupt, die gegenwärtige Wirtschaftslage nicht gut ist. Trotz des milden Winters, der der Bauwirtschaft das Arbeiten gestattet habe, ist eine Abschaffung eingetreten, wie sie selbst in dem schärfen Winter des vergangenen Jahres nicht zu verzeichnen war. Momentlich in der Zementindustrie, die doch sonst nicht wesentlich einschränkt, sei man in diesem Jahre zu größeren Einschränkungen gekommen und in einer großen Anzahl von Fällen zu Stilllegungen. Wie die Verhältnisse im Reich liegen, liegen sie auch im hiesigen Bezirk. Auch hier haben die Zementbetriebe fast restlos die Produktion eingestellt.

Kollege Elzner geht den Urtümern dieser schlechten Wirtschaftslage nach und betont, daß die Baumwirtschaft fast vollständig vernichtet ist. Dieses Vernichtungsergebnis sei bedingt durch den Mangel an Kapital und namentlich durch die Abdrosselung der Kredite an die Gemeinden. Nur die Belebung der Baumwirtschaft als Schlüsselindustrie könne auch die anderen Industrien beleben. Auf Grund solcher Betrachtungen könne man Bedenken gegen eine Kündigung von Verträgen in jüngerer Zeit haben. Dazu kommt, daß die Arbeitgeberorganisationen einen schärfen Kampf gegen die Sozialversicherung führen, sowie gegen höhere Löhne und ihre Tagesungen und die ihnen ergebene Preise dazu beanspruchen, um die öffentliche Meinung für ihre Ansichten reif zu machen.

Kollege Elzner erläutert nunmehr die Gründe, die für eine Kündigung sprechen. Die bestehenden Löhne können nicht als ausreichend bezeichnet werden. Die Preise für alle Bedarfssachen bewegen sich in aufsteigender Linie, wodurch sich die Kaufkraft des Lohnes entsprechend vermindert.

Der durchschnittliche Schichtlohn von 8,00 RM. der, wie prominente Führer der Zementindustrie behaupten, bereits vor zwei Jahren erreicht wurde, sei auch heute noch erstaunliches Ziel. Ganz besonders aber sei es die Entwicklung der Kalk- und Zementindustrie, die den Betrieben immer mehr

einen sozialmäßigen Charakter aufdrückt. Hieraus folgt, daß die Kalk- und Zementarbeiter ebenfalls sozialmäßige Löhne erstreben müssen, da eine große Anzahl regelmäßig einen Teil des Jahres mit Arbeitslosigkeit zu rechnen hat.

In der folgenden Diskussion wurde einmütig zum Ausdruck gebracht, daß die Kündigung auszuüben sei; dabei wurde besonders hervorgehoben, daß die Verdienste der im Stundenlohn beschäftigten Arbeiter vollkommen unzureichend seien und eine wesentliche Erhöhung erfahren müssen.

In der Diskussion wurde weiter die Frage aufgeworfen, ob die starken Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen immer notwendig seien. In manchen Fällen könnte dies bezweckt werden. Man habe besonders in diesem Jahre den Eindruck, daß die Spitzerverbände mit einer gewissen Absicht durch die große Arbeitslosigkeit die Reichsbank so stark belasten wollen, daß sie unmöglich die Mittel für die Unterstützung aufbringen können. Es wurde ferner angeregt, daß angeblich die immer zunehmenden Arbeitslosigkeit ernstlich die Verkürzung der Arbeitszeit öffentlich diskutiert werden müsse.

Es wurde nunmehr einstimmig beschlossen, den Lohnvertrag zum ersten zujährigen Termine zu kündigen. Die Höhe der zu stellen den Forderungen soll die Lohnkommission bezeichnen. Nachdem noch einige Branchenangelegenheiten besprochen waren, erfolgte der Schluß der harmonisch verlaufenen Konferenz.

August Blank.

Steinzeugröhren-Industrie. Tarifabschluß.

Die Tarifverhältnisse in der Steinzeugröhren-Industrie im Kölner Wirtschaftsgebiet sind nicht einheitlich geregelt. Für die Frechen'sche Fabrik besteht ein einheitlicher Tarif, der 12 Firmen umfaßt, während in Kalscheuer, Groß-Königsdorf und Porz Werkstätte abgeschlossen sind. Nach längeren Bewährungen ist es uns gelungen, die Firma Viehnecke & Co. in Porz zu bewegen, den Lohnarbeitsvertrag der Frechen'sche Steinzeugröhren-Industrie anzuerkennen.

Mit Wirkung vom 5. Dezember 1929 erhöhen sich die Stundenlöhne für die im Tagelohn beschäftigten Arbeiter über 20 Jahre um 9 Pf. ab 1. Oktober 1930 um 11 Pf. pro Stunde. Die Lohnsätze für die einzelnen Altersklassen sind folgende:

	Ab 5. Dez. 29 bis 30. Sept. 30	Ab 1. Okt. 30 bis 31. Juli 31
14—15 Jahren	30 Pf.	31 Pf.
15—16 "	32 "	33 "
16—17 "	39 "	40 "
17—18 "	43 "	44 "
18—19 "	55 "	56 "
19—20 "	69 "	70 "

Permanenter Bettarbeiter über 20 Jahre, die im Tagelohn arbeiten 90 Pf. bzw. ab 1. Okt. 1930 92 Pf.

2. Gelehrte Handwerker mit Lehrzeugnis: Ab 5. Dez. 1929 bis 30. Sept. 1930 über 20 Jahre 110 Pf. Hilfshandwerker 90 Pf. Ab 1. Okt. 1930 bis 31. Juli 1931 über 20 Jahre 112 Pf. Hilfshandwerker 94 Pf.

3. Bei Aenderung der bisherigen Arbeitszeit für Brenner treten die Parteien zur Neuregelung der Brennerlöhne zusammen.

4. Die Kopfzulage beträgt 1,20 RM für Frau und Kinder unter 14 Jahren.

5. Alle Arbeitsstunden über 8 Stunden täglich werden mit einem Aufschlag von 25 Proz. zum Stundenlohn vergütet.

Damit sind wir dem Ziel etwas näher gekommen und schließlich gelingt es auch, die übrigen Firmen zu veranlassen, den gleichen Weg im beiderseitigen Interesse einzuschlagen. Die Affordarbeiter sind mit ihrem Antrag, auch gleichzeitig die Arbeitszeit zu erhöhen, nicht durchgekommen. Die Schuld liegt an den Arbeitern selber, die heute noch die Auffassung vertreten, keine Organisation notwendig zu haben. Nunmehr erst dann können sie nach Hilfe, wenn Affordarbeiter gemacht werden, oder höhere Anforderungen an ihre Leistungsfähigkeit gestellt werden. Ein Interesse der gesamten Arbeiterschaft liegt es, wenn die im Tagelohn Beschäftigten und die Affordarbeiter gemeinsame Arbeit vollbringen. Nur dann wird es möglich sein, Verbesserungen für beide Teile durchzuführen. Dazu gehört eine gute Organisation, die vorher geschaffen werden muß.

Lübeck.

Der dritte Mann ging leer aus! Bei der Firma Burmeister & Co., Kieswerk in Güstrow, wurde am 30. November der aus drei Männern bestehende Betriebsrat mit zwölf anderen Arbeitern wegen Arbeitsmangel entlassen. Vor dem Arbeitsgericht in Rostock versuchte der Unternehmer sich damit freizureißen, indem er von dem Besieben eines Betriebsrates in seinem Betriebe keine Ahnung gehabt hätte. Er kann doch nicht in allen Bildern herumziehen und nachsehen, ob die Leute einen Ausschlag gemacht hätten. Wenn die Wahl nicht nach den Bestimmungen des WRG. vor sich gegangen wäre, hätte das Gericht die Klage der zwei Betriebsratsmitglieder auf Lohn abgewiesen.

Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß der Arbeiter sich darum zu kümmern habe, daß ein Betriebsrat in seinem Betriebe zu bestehen hat. Da eine Weiterbeschäftigung abgelehnt wurde, muß die Beklagte an



validenunterstützung. Kollege Körner behandelte die Aenderung in der Buchführung in den Zahlstellen. Nach einer Tagung von über acht Stunden konnte mit dem Gesöhnnis die Versammlung geschlossen werden, daß im Jahre 1930 jeder einzelne sich weiter bemühen wird um die Entwicklung des Verbandes. Unter den Vertretern befanden sich auch zwei Kolleginnen, ein Beweis, daß sich die Frauen mit um die Arbeit bemühen. Die bisherige Verwaltung wurde einstimmig wiedergewählt.

Kolleginnen und Kolleginnen! Der Abschluß darf uns nicht dazu verleiten, jetzt etwa die Hände in den Schoß zu legen; es gibt noch viel Arbeit. „Jetzt macht es doch wieder Vause, für den Verband zu werben.“ sagte ein Vertreter . . . und der hatte Recht.

Greifberg i. S.

Am 19. Januar 1930 hielt die Zahlstelle Freiberg ihre Generalversammlung ab. Es wurden behandelt: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Neuwahlen, 3. Gewerkschaftliche Berichte.

Den Geschäftsbereich gab der Vorsitzende, Kollege Tempel. Er schilderte vorzüglich die allgemeine wirtschaftliche Lage und hob besonders die große Zahl und Art der Erwerbslosen hervor. Das erbärmliche Verhalten der Kommunisten und Indifferenzen der Gewerkschaft gegenüber, wurde vom Redner mit scharfen Worten bedacht. Aus dem Bericht über die Lage der einzelnen Branchen in der Bezirkszahlstelle ist zu entnehmen, daß auch hier eine größere Zahl von Kolleginnen und Kolleginnen von der Erwerbslosigkeit nicht verschont geblieben sind. Sehr viele Streitfälle mussten im Berichtsjahr durch die Verbandsleitung geschlichtet werden. Am Schluß seiner Ausführungen ging der Redner auf die kommenden Betriebsratsempfänge ein und wünschte, daß diese im gewerkschaftlichen Sinne durchgeführt werden.

Der Kassierer, Kollege Petzold, gab den Quartals- und Jahresbericht. Die Einnahmen der Hauptkasse für das Berichtsjahr betrug 163.983,30 RM, denen die gleiche Ausgabe gegenübersteht. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 68.811,30 RM, die Ausgabe ebenfalls. Der Kassenbestand der Lokalkasse ist 19.128,16 RM. Die Mitgliederzahl beträgt 2404 männl. und 680 weibl. zusammen 3084 Mitglieder. Nachdem einige Kollegen zum Geschäfts- und Kassenbericht sprachen, wurde auf Antrag dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Zu Punkt 2 Neuwahlen machte Kollege Tempel die Vorschläge der neuen Delegierten der einzelnen Betriebe bekannt. Sämtliche Vorschläge wurden von der Versammlung bestätigt. Die Wahl der Verwaltung ergab nach einer kurzen Aussprache die Wiederwahl der alten Verwaltungsmitglieder. Der Verwaltung gehören an: die beiden Angestellten, Kollegen Tempel und Petzold, die Kollegen Langselner, Vogel, Hartmann, Richter, Schöbel, Bräuer und die Kollegin Anna Hanns. Die Vorschläge der Vertreter für die einzelnen Branchen wurden ebenfalls bestätigt.

Zu Punkt 3 Gewerkschaftliches machte Kollege Tempel auf die Bücherkontrolle aufmerksam, auch wurde auf die Arbeiterinnen-Gaukommission und deren Zusammenkünfte hingewiesen.

Langselner, Schriftführer.

Nienburg/Weser.

(Gustav Rühner †) Am Sonnabend, dem 26. Januar, abends gegen 19 Uhr, verunglückte der Kollege Gustav Rühner infolge eines Motorradunfalls tödlich. Gustav Rühner wurde 1889 in Westpreußen geboren. Sein Vater war ein armer Schuhmacher. In seiner Heimat brachte er, wie alle Proletarierkinder, die Volksschule. Nach der Schulentlassung lernte er zunächst bei seinem Vater das Schuhmacherhandwerk. An dem Berufe seines Vaters fand er aber keine Freude. Er wurde deshalb Hütejunge — ging zur Wanderschaft — wurde Schneider — Hausbürkle — Bergmann und dann Fabrikarbeiter. In Wehrstedt bei Hildesheim gründete er sich eine neue Heimat. Hier kam er auch zum erstenmal mit der Arbeiterbewegung in Berührung. Die Arbeiterbewegung wurde für ihn Lebensinhalt und Lebensziel. Wie sahen ihn in den Reihen der kämpfenden Arbeiter an erster Stelle stehen. Er war für unsere Idee ein mutiger Streiter. — Am 1. Januar 1927 wurde er von der Kollegenchaft der Zahlstelle Nienburg als Geschäftsführer gewählt. — Mit Gustav Rühner ist einer unserer besten Kollegen dahingegangen. Sein plötzlicher Tod hat in unseren Reihen eine große Lücke gerissen. In den wenigen Jahren seines Schaffens in Nienburg hatte er sich durch die unsichtige Verwaltung und Leitung der Zahlstelle bei allen Kollegen große Achtung und Anerkennung verdient. — Wir ehren sein Andenken, indem wir ihn nie vergessen werden!

W. Scheinhardt.

Max Quack †

Im Alter von fast siebzig Jahren ist Dr. Max Quack nach langerem Leid am 21. Januar 1930 gestorben.

Max Quack wurde am 9. April 1860 in Rudolstadt geboren. Er studierte in Leipzig Rechtswissenschaften. Während seiner Studienzeit wurde er im Jahre 1886 wegen Förderung der Arbeiterbewegung aus dem Staatsdienst entlassen. Er trat im Jahre 1887 in die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ ein. Sein Hauptarbeitsgebiet waren Sozialpolitik und Volkswirtschaft. Er gehörte zu den Begründern der „Blätter für soziale Praxis“. Im Jahre 1899 schloß er sich der Sozialdemokratie an und wurde Chefredakteur der Frankfurter „Volksstimme“. Er hat an dieser Stelle 24 Jahre lang an der Spitze der Frankfurter Arbeiterbewegung unermüdlich gewirkt. Im Jahre 1912 wurde er in den Reichstag gewählt, nach der Revolution in die Nationalversammlung. Er ist der Verfasser zahlreicher sozialpolitischer, volkswirtschaftlicher und geschichtlicher Schriften. Quack war auch im Interesse der Arbeiterschaft der chemischen Industrie durch Wort und Schrift tätig. So ist er der Verfasser der im Jahre 1907 erschienenen Broschüre „Profit und Arbeit in der chemischen Großindustrie“. Dadurch hat er sich in unserer Organisation unvergänglich gemacht.

Helft Feuer verhindern.

Mit Unterstützung und Förderung der Behörden des Reiches und der Länder veranstalten die in der Arbeits- und Interessengemeinschaft deutscher Feuerwehrorgane zusammengeschlossenen Spikerverbände der Feuerwehren Deutschlands in der Zeit vom 27. April bis 4. Mai 1930 eine Feuerwoche. Woche. Die Feuerwoche ist gedacht als eine wirkungsvolle und groß

zige Ausbildungskraft, die in allen Bevölkerungskreisen den Bewußtsein der Feuerverhütung wachruft und jedermann den aus vorbeugendem Feuerverhütung sich ergebenden Nutzen vor Augen führt. Angesichts der erdrückenden Verluste an Menschenleben und Sachwerten ist die Durchführung dieser Feuerwoche aus menschlichen und volkswirtschaftlichen Gründen zwingende Notwendigkeit.

Das mit der Vorbereitung und Durchführung der Feuerwoche beauftragte Organisationsbüro befindet sich Berlin SW 11, Schöneberger Straße 20 (Feuerwache Hasenplatz).

Verbandsnachrichten

Bezirkszahlstelle Nienburg/Weser sucht zum sofortigen Antritt einen tüchtigen Geschäftsführer.

Nur eine erste Kraft kann Berücksichtigung finden. Die Bewerber haben neben der handschriftlichen Bewerbung einzurichten:

1. ihren Lebenslauf,
2. eine Niederschrift über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung,
3. einen Aufsatz über das Thema: „Welche Ausgaben hat der Geschäftsführer einer Zahlstelle.“

Rednerische Fähigung und die Kenntnisse des Arbeits- und Tarifrechts sind Bedingung, ebenso eine sechsjährige Zugehörigkeit zu unserem Verband.

Die Anstellung erfolgt nach den vom Verbandstag beschlossenen Bedingungen.

Die Bewerbungsschreiben sind bis zum 19. Februar d. J. mit der Aufschrift „Bewerbung“ an den Unterzeichneten einzureichen.

W. Scheinhardt, Hannover, Nikolaistr. 7 III.

Ausschlässe.

Ausschlässe wurden auf Grund des § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Zehoe Karl Adolf, Lüderdorf, Buch-Nr. S II 743 17; auf Grund des § 14 Ziffer 3a das bisherige Mitglied der Zahlstelle Winde Luhe Karl August, Buch-Nr. 930 569; auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 15 Ziffer 5 die bisherige Mitglieder der Zahlstelle Parchim August Hause, Buch-Nr. 976 177 und Gustav Hause, Buch-Nr. 11 681 250; auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Gräfenrode: Paul Seyfarth, Buch-Nr. 832 371, Franz Polasch, Buch-Nr. 869 427; auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 3d die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Rautenkamp, O.-L.: Albert Mantel, Buch-Nr. 800 690, Arvid Domke, Buch-Nr. 804 247; auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 3d unter jenes Verbandsstamms die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Rüthenberg: Willi Mansfeld, Willi Vietz, Willi Schulz, Willi Baldt, Buch-Nr. S II 743 802, und gemäß § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Bitterfeld: Erich Pander, Buch-Nr. 930 941, Karl Gabehly, Buch-Nr. 930 951, Otto Schreiber, Buch-Nr. S II 767 712; auf Grund des § 14 Ziffer 5 das bisherige Mitglied der Zahlstelle Görlitz: Erwin Wimmer, Buch-Nr. 893 984.

Arbeitsmarkt.

(Gehalte unter Chiſſre werden nicht aufgenommen.)

Düsen- und Schwimmermacher sucht Stellung in einer Fensterglas-Werkstattfabrik System Fourcault. Suchender ist bewandert in Glaszusammensetzung sowie in Brüchen und im Wannensteineformen. Alter 30 Jahre. Angebote an den „Keramischen Bund“ unter „G. 5/30“ erbeten.

Beleuchtungsglasmaler, perfekt im Musterentwerfen, Sprühen, Schabloneindichten, sucht Stellung. Angeb. an Gewerkschaftsbüro Penzing, O.-L., Langenauer Str. 35.

Tüchtiger Steingutdrehler, perfekt im Leber- und Einsormen, sucht Stellung im In- oder Ausland. Offerten erbeten an die Zahlstelle Meissen des Keramischen Bundes, Meissen, Martinstraße 6.

unseren Frauen u. Mädchen

Mir tut immer das Kreuz so weh . . . !

„Mir tut immer das Kreuz so weh!“ hört man viele Hausfrauen besonders nach angestrengter Tätigkeit beim Wäschewaschen und Aufräumen klagen. Am Abend sind sie dann „wie zerkratzt“ und sie glauben, daß sie im Rücken, in den Beinen oder in den Armen „das Kreuz“ haben. Ein Wirklichkeit aber sind ihre körperlichen Organe ganz gesund, und die Frauen leiden nur unter uralteten Zehlern, die sich seltsamerweise anstrengend unausrottbar im Haushalt eingeschlichen haben. Die Frauen haben beim Abwaschen, beim Wäschezaubern und beim Aufräumen stundenlang eine falsche Körperhaltung, durch die nicht nur die Beinmuskeln unnötigerweise übermäßig angestrengt werden, sondern auch die Rückenmuskeln und die Wirbelsäule eine Belastung erfahren, die sich in rheumatismusähnlichen Schmerzen, in Berücksichtigtheit und in der Venenmehrheit des Kopfes äußert, denn der Kopf wird stundenlang mit zävel Blut überfüllt. Schon die Abwaschbüchse, die täglich zum Abwaschen benutzt wird, steht im allgemeinen viel zu tief, und man kann überall in Haushalten das unschöne Bild beobachten, wie die Hausfrauen und Hausangestellten, über dem niedrig stehenden Aufwaschgefäß gebogen, ihre Arbeit verrichten. Schon bei dem Anblick bekommt man Kreuzschmerzen, denn die lange Zeit gebogene Haltung ist derartig unnatürlich, daß sie auf alle Teile des Körpers einen schmerzenden Zug ausüben muß. Für die Aufwaschbüchse sind nämlich besondere Schemel angefertigt, die meist eine Höhe von höchstens 50 cm haben, damit sie auch als Sitzgelegenheiten dienen können. Die Waschbüchse muß aber so stehen, daß die arbeitende Frau in aufrechter Haltung ihre Tätigkeit verrichten kann, da auf diese Weise sich schnell alle Kreuzschmerzen und anderen Beschwerden verschwinden werden. Die richtige Höhe für den Schemel, auf dem die Waschbüchse steht, dürfte je nach Größe der Frau 80—100 cm sein. Falls derartige Schemel nicht vorhanden sind und die Aufwaschbüchsen geschenkt werden, kann man sie leicht durch Aufsteckung der Beine in die richtige Höhe bringen lassen. In den modernen Haushalten sind die Aufwaschbüchsen bereits günstiger gebaut, aber auch sie haben noch nicht die richtige Höhe, um alle Beschwerden zu verhüten. Was für das Aufwaschen des Kleidirs gilt, gilt noch in erhöhtem Maße für die große Wäsche, die die Frau oft viele Stunden in Anspruch nimmt und zu einer Verrenkung des

Körpers zwingt. Die Waschwanne stehen fast durchweg um 50 cm zu tief. So ist es kein Wunder, daß nach jeder Wäsche die Hausfrau oder die Dienstmädchen über heftige Schmerzen in allen Gelenken klagt, denn der unnötliche Zug, der durch die gebogene Haltung hervorgerufen wird, erstreckt sich bei dem Zusammenhang des gesamten menschlichen Knochenbaus auf alle Teile des Körpers. Auch die Kopfschmerzen, die oft genug eine Folge der Wäsche sind, entstehen einzeln und allein durch diese schlechte und ungesunde Haltung, nämlich durch eine starke Belastung der Sehnen und Muskeln und durch eine Blutüberfüllung des Gehirns. Auch hier sind die viel zu niedrigen Stützen der Waschwanne schuld. Seit Jahrhunderten haben sie diese hässliche Form, und erst in der allerneusten Zeit sind einige Firmen dazu übergegangen, Waschküne herzustellen, die den Anforderungen der Gesundheitslehre entsprechen.

Zum Schluß seien noch einige Worte über die völlig falsche Haltung gesagt, die unsere Frauen bei allen Arbeiten des Aufwischens und Aufräumens einnehmen. Auch hier haben sich Gewohnheiten eingestellt, die zu tausend gesundheitlichen Beschwerden führen und nicht abgestellt werden, obwohl es so außerordentlich leicht ist. Es ist geradezuverständlich, warum die Hausfrauen unter diesen Gebräuchen ihre Gesundheit gefährden und Beschwerden auf sich nehmen, die sie sehr leicht abstellen können. Die Stöcke an den Schrubbern und Tüchern müssen nur um 15—20 cm länger sein, dann kann die Hausfrau aufrechtstehend ihre Arbeit verrichten. Auch die Behandlung des Scheuerlappens, mit dem die Zimmer aufgewischt werden, ist falsch, denn die Hausfrau muß sich Dutzende Male bücken, um das Scheuerlapp in dem Grüner zu spülen und auszuwringen. Darunter leidet nicht nur der Körper, sondern auch die Schönheit ihrer Hände, die wie jede Hausfrau weiß, nach derartigen Arbeiten rot, aufgeschwollen und rüffig sind. Erfreulicherweise hat jetzt die Industrie einen Scheuerlapphalter hergestellt, der eine Einrichtung zum Auswringen der Scheuertücher aufweist. Die Hausfrau kann mit ihm, ohne sich zu bücken und die Hände durch das Schmutzwasser zu verunreinigen und zu reizen, alle notwendigen Arbeiten in geänderter, gerader Haltung ausführen. An diesen Stellen muß die „Revolution des Haushaltes“ beginnen, da es sich um die Gesundheit unserer Frauen handelt.

Verkleinerung der Familie.

Man mag es bedauern oder begrüßen: der Drang zur Verkleinerung der Familie wird immer deutlicher spürbar. Früher gab es Familien mit wenig Kindern nur bei den Reichen, heute ist diese Erscheinung in allen Bevölkerungsschichten zu beobachten. Deutliche Beweise hierfür gibt eine Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes Hamburg. Die Größe und Zusammensetzung der Haushaltungen und Familien im hamburgischen Staat vom Jahre 1925 werden denen vom Jahre 1910 gegenübergestellt. Die durchschnittliche Größe der Familienhaushaltungen im hamburgischen Staat betrug 1910 14,20 Personen; sie sank bis 1925 auf 3,62 Personen. Die kleinen Familien nahmen wesentlich zu, während die größeren abnahmen. Seht man die Ziffern vom Jahre 1910 gleich 100, so entwickeln sich die Größengruppen in folgender Weise: Haushaltungen mit 1 Person 136, mit 2 bis einschließlich 3 Personen 176, mit 4 bis einschließlich 5 Personen 126, große Haushaltungen über 5 Personen 61. Noch schlagender treten die veränderten Verhältnisse hervor, wenn wir die kleinsten Familienhaushaltungen mit den größten vergleichen: Im Verhältnis zu 1910 vermehrten sich die Familienhaushaltungen mit 2 Personen um 77 v. H., mit 3 Personen um 75 v. H., mit 4 Personen um 42 v. H. und mit 5 Personen um 4 v. H. Dagegen sanken die Familien mit 6 Personen um 24 v. H., mit 7 Personen um 41 v. H., mit 8 Personen um 50 v. H., mit 9 Personen um 56 v. H., mit 10 Personen um 54 v. H., mit 11 Personen um 65 v. H. und mit 12 und mehr Personen um 67 v. H.

Die großen Haushaltungen sind verhältnismäßig zahlreich in der Landwirtschaft. Hier umfassen die großen Haushaltungen, in denen über 5 Personen zusammenleben, fast den vierten Teil der Haushaltungen, dagegen in der Industrie und im Handel nur den zehnten Teil. Auf kleinen Haushaltungen (2 und 3 Personen) entfallen in der Landwirtschaft kaum 87 v. H., in den übrigen Wirtschaftsabteilungen beläuft sich der Anteil dieser kleinen Haushaltungen auf ungefähr die Hälfte aller Haushaltungen. Die Durchschnittsgröße aller Haushaltungen beläuft sich in der Landwirtschaft auf 1,32 Personen, in der Industrie und im Handel auf 3,62 Personen und in der Verwaltung und freien Berufe nur auf 3,46 Personen. Berücksichtigt man die Stellung im Beruf, so findet man die größte durchschnittliche Personenanzahl der Haushaltungen bei

den Selbstständigen mit 3,46 Personen und die Angestellten mit 3,47 Personen. Bei den Haushaltungen der Selbstständigen sind allerdings Haushaltstage mit berücksichtigt.

Die hier mitgeteilten Zahlen geben ein gutes Bild von der durch den Krieg eingeleiteten Revolutionierung der Familie. Die großen Haushaltungen mit 5 und mehr Personen waren vor dem Kriege am häufigsten bei den Arbeitern zu finden. Wie oben gezeigt wurde, haben sich die Bemühungen zur Verkleinerung der Familie auch bei den Arbeitern weitgehend durchgesetzt. Das ganze Zahlergebnis wird durch die Arbeiterschaft durchsetzt, mit dem die Zimmer aufgewischt werden, ist falsch, denn die Hausfrau muß sich Dutzende Male bücken, um das Scheuerlapp in dem Grüner zu spülen und auszuwringen. Darunter leidet nicht nur der Körper, sondern auch die Schönheit ihrer Hände, die wie jede Hausfrau weiß, nach derartigen Arbeiten rot, aufgeschwollen und rüffig sind. Erfreulicherweise hat jetzt die Industrie einen Scheuerlapphalter hergestellt, der eine Einrichtung zum Auswringen der Scheuertücher aufweist. Die Hausfrau kann mit ihm, ohne sich zu bücken und die Hände durch das Schmutzwasser zu verunreinigen und zu reizen, alle notwendigen Arbeiten in geänderter, gerader Haltung ausführen. An diesen Stellen muß die „Revolution des Haushaltes“ beginnen, da es sich um die Gesundheit unserer Frauen handelt.

Solang ein riesiges Heer von Arbeitern vorhanden ist und Not und Elend als Massenergebnis auftritt, spürt die Arbeiterschaft kein Verlangen, ihre Familie zu vergrößern.

Die Zukunft des Films.

Amerikanische Fachleute sagen voraus, daß der Film in seiner technischen Gestaltung immer komplizierter werden wird, so daß keineswegs mehr als die Tausende von kleinen Theatern die Möglichkeit haben werden, eigene Apparate zu betreiben. Es wird vielmehr nötig sein, daß von einer Zentralstelle aus der Film genau so übertragen wird, wie heute der Kunstdruck. Die optische Wiedergabe wird nicht auf einemleinwand, sondern räumlich und überdies in Farben gegeben. Auch die Größe eines Filmaufnahmen wird billiger und genauer möglich sein als heute. Die Reportage vollends wird von einer Kamera nicht vorstellbare Aktualität sein: der Filmmaterial geht an die Quelle der Ereignisse und was er filmt, geht drobstlos auf tauriend Theatern und Privatkinos in Szene.

UNTERHALTUNG & KUNST u. WISSEN

Im letzten Wagen.

Von Leo hard Frank.

(Nachdruck verboten.)

Erschöpft durch den vierwöchigen Aufenthalt im Höhenort, spazierte der noch junge Bankier zwischen Hohenbach und der immer nassen Hochgebirgswand dem Waldbach zu, um auf der weit hinausgebauten Terrasse zum lehnenmal die aromatischen Erdbeeren zu genießen und dabei an die erstaunlichen Geräusche der Maschinen des großen Sägewerkes zu lauschen.

Schritt, lebensfrisch summend, durch Grün und Blau und stellte sich die reizvolle Fahrt vor: den fünfhundertzwanzig Meter über der Talsohle liegenden, in die Luft hinausgebauten, berühmten Biadukt, von dem aus Gebirg und Flachland bis in weite Ferne zu sehen sein würden.

Er stemmte die Müze wie eine Hantel senkrecht hoch, heiteren Gemütes dankend für den weitaußholenden Strohutgruß des Kurzwarenreisenden, der zufrieden über den einträglichen Geschäftsbahnhof, eben aus dem an der Felswand liegenden Laden getreten war.

„Diese Luft! Diese Blumen! Wie das riecht hier, was?“ rief der Kurzwarenreisende. „Und diese Felswand! Ist sie nicht geradezu ein Symbol Deutschlands?“

„Weil sie immer trocken ist?“

„Nein, diese trockige Luft!“

Sie hatten einander erst tags vorher im Sonnenbad kennengelernt.

Solch klapperdürres, abgelebtes Gestell und pickelfestiger Hängebauch sollen mir nicht passieren, mit nicht, hatte, feststehend auf gespreizten Beinen. Hände in den Hüften, Daumen nach vorne, der stähmige Bankier sich vorgenommen, abgeschreckt und belustigt von der Jammergestalt des Reisenden und erzöglos bemüht, ihn unter die kalte Dusche zu locken.

„Ich werde vorheugen.“

„Was werden Sie?“

„Vorheugen! Man muß vorheugen. Arme ... hebt! Knie ... senkt! ... Knie ... beugt! Knie ... streift!“ Er machte noch eine Kniebeuge, stieß dabei die Arme vor, daß die Schultergelenke knackten. „So! mein lieber Herr, so bleibt man jung.“

„Das wechselt“, antwortete der Arbeiter, der in dem offenen Schuppen des Sägewerkes an der Fräsmaschine stand. „Gestern sind auf einen Tag gleich hundert Menschen entlassen worden. Heute sind nur noch an die siebenhundert. Wir haben ja zehn Verkünder.“

„Wohin der Besitzer?“ fragte der Bankier.

„Der war auch einmal hier. Das mag jetzt fünf Jahr her sein. Da hat er eine Automobilfirma durchs Gebirg gemacht und ist bei der Gelegenheit auch ins Werk gekommen ... Der lebt in Berlin. Letztthin erfuhr ich in der Zeitung gelesen, daß er gleich zweihunderttausend für ... Kulturbeitreibungen hergegeben, für ein Theater!“

„Ich kann Ihnen versichern, daß ich seit Monaten nicht mehr Zeit finde, ins Theater zu gehen“, sagte der Kurzwarenreisende. „Direkt Hochspannung in meiner Branche!“

„Ja, es scheint wieder etwas außerhalb zu gehen ... Ist dein Kindchen in die Maschine gekommen?“ Der Bankier legte die Hand auf den blonden Scheitel des Mädchens, dem die Einde schrie.

„Nein, ich bin schon so geboren“, sagte das Kind sofort, als ob es diese Frage schon oft beantwortet hätte, und verschloß den kleinen Armstumpf unter dem Schürzärmel.

„Du hast sich die Mutter in der Schwangerschaft versessen. Das kommt öfters vor in unserer Gegend, weil doch soviel Unglück geschehen an den Sägemaschinen. Die Schuhzootrichungen sind eben nicht so, wie sie sein sollten.“

„Das wird jetzt auch alles besser werden“, tröstete der Bankier. „Die neue Zeit bringt das ja mit sich.“

Der Reisende wußt die Hand vor: „Na, waren Sie denn auch schon mal in einem Theater? Oder kommt ihr hier?“ Er sah sich um, als ob vom Hobelspanhausen oder vom Werftbach abzulegen wäre, ob die Leute hier auch ins Theater könnten.

„Na was, Theater!“ Der Arbeiter drehte den Hebel: die Fräsmaschine begann zu raschen und hällte ihn in Holzstaub ein.

„Hier, mein Kind, das bringst du deiner Mutter.“ Der Bankier drückte dem Mädchen einen Geldschein in die Rechte und ging elastisch durch das Tor.

Lehrte läßlich noch einmal um und tätigte das Kindes Gang. „Wie heißt du denn?“

„Sofia, Bärbelchen! Na, siehst du!“

Kleiner Schritt vor kleinen Schritt schwankend, stieg er geruhsam entgegenwärts, hinter sich den feuchten Reisenden.

Als der Kellner die zweite Portion brachte, klängten aus dem großen Hause des Sägewerkes, der schwarze von Menschen war, vereinzelt Worte heraus.

„Einbauer wurde die Versammlung wahrscheinlich beschlossen, weil hundert Leute entlassen worden sind“, antwortete der Kellner.

Der Reisende legte den gefüllten Erdbeertiegel zurück. „Heute heilige Tage! Die Sonne scheint.“

„Samstagvormittag wird nämlich sowieso nicht gearbeitet.“

„Und weshalb wird nicht gearbeitet, wenn ich fragen darf? Ich zum Beispiel muß selbst hente, am Tage meinet Abreise, doch zwei Kunden beitreten.“

„In dem Moment, das auf dem Brettertor stand, sag der Versammlungsleiter, vor mir die Glöckchen neben ihm schrie der Parteisekretär des Bezirks und sprach über die Grundtage sozialer Demokratie: über den Endtag des Sozialismus durch die allmählich zu errreichende Freiheit im Parlament.“

Der Versammlungsteilnehmer — familiär Arbeiter betriebes und eine Anzahl Dorfbewohner — standen zu, sagten den Bretterjungen. Viele zählten Geld. Es war Lohnzeit. Vieles schwitzten.

Der Reisende fuhr fort: „Lachte auf der Tafelreihe des Sägewerkes herzhaft lachend. Die Erregung der Gaststätten war groß.“

„Nur so können wir die Wirtschaft wieder anheben“, teilte der Parteisekretär hinzu in den Zirkus, „und auch alle Erzeugnisse unserer Seidenfabrik beibehalten und sozusagen mit hundertprozentiger Gewinn, möge unser soziales Ziel auch weiterhin bewahrt bleiben vor den östlichen Methoden. In diesem wunderbaren Tale ...“

... da lag ein Mädchen an einem Wasserhalle! rief einer der Gaststätten.

Sie hatten die Tafelreihen gezogen. Es roch nach Schwein. Die Tischchen lagen feststeckend unter den dienstmauernden Gästen.

Während der erste Diskussionsredner erklärte, daß er einerseits mit dem Parteisekretär doch nicht ganz einverstanden sei, andererseits aber auch der Zwischenrat in bezug auf das Wasser, das im Tale zu einem Wasserhalle führe, für unbedingt halte, zeigte ein eiserner, fremdgebogener Vorsteher eines Kollegs seine Schuhe, in dessen Oberleder ein tiefer Beißhieb war. Nur ich harfing gewesen, kann hätt mir

ein Loch gegeben. Das heißt wieder zu: Der Schuh ist futsch. Der heißt nimmer zu.“

Da wurde sein Name gerufen. Er drängte sich durch und trabte auf den Brettertor. „Wir alten Parteimitglieder, wo schon dreißig Jahre organisiert sind, uns braucht man die Taktik gar nicht mehr zu erklären. Die Taktik ist uns eben schon geläufig. Die Taktik ist richtig. Alles entwickelt sich. Und die Wirtschaft muss natürlicherweise wieder aufgebaut werden. Und nicht einmal recht für die Lebensmittel reicht der Lohn. Über Schuh, die kann sich leider kaufen. Und dann frag ich, ich sage: meine zwei Buben möcht ich gern in die Schule schicken, damit sie was lernen und es überhaupt einmal besser haben als ich. Aber wer soll das bezahlen, frag ich? Das geht ja gar nicht anders, als daß die Buben gleich nach der Schulzeit weg müssen von der Suppenküche. Die Buben also können nichts lernen. Das kann ich auf den WENNIG berechnen. Wenn ich Kleider und Schuh einmal gar nicht veranlagt, dann beträgt mein Lohn ...“

„Ich ersuche den Redner, zur Sache zu sprechen.“ Der Versammlungsleiter lehnte sich wieder. Der distrete Glöckenton war noch nicht ganz verstummt.

Der steife Alte wandte sich um, sah ratlos den Versammlungsleiter an: „Also das hätt ich zu dem Thema zu sagen gehabt und zu der Taktik.“ Bleib noch stehen, sagte plötzlich noch: „Das ist der große Gesichtspunkt.“ Und trabte herunter.



Altes Stadttor im Schnee.

Vor dem Zaune stand ein zahnloser Herr, der gelbe Gamashen trug und, in der Hand ein großes Notizbuch, verträumten Blickes die fernsten Gebirgsstetten betrachtete, als dichte oder gezeichnete.

Der ortsfremde Arbeitersführer, ein von seiner Partei aus der Hauptstadt eigens hierher geschickter bekannter Agitator, dessen Namen alle schon oft in der Zeitung gelesen hatten, war auf den Brettertor gestiegen.

Schon nach den ersten Sätzen, mit denen er, ausgehend von dem Tagesblatt, hinwies auf das große Ziel, um das der Arbeiter seit Generationen kämpfe, erschien der Versammlungsleiter den Agitator, nicht abschweifen, und schwang, da die Arbeiter, als wollten sie hören, was sie ersehnten, heftig wider.

Der erst dreißigjährige Agitator, der in der gebungten Halbung eines Sechzigjährigen auf dem Brettertor stand, ließ die dicke Unterlippe noch tiefer hängen, wartete blicklos, bis der tumult verstummt war. Die Hosenhosen waren herausgedrückt, die mageren Schulterblätter standen weit vor.

Schwarzblaue Wollen hingen über dem Talauslauf. Der Agitator sprach schnell und vorsichtig, unterstützte vornehmlich bis an den Rand des Brettertors, die Worte mit Handbewegungen. Die Arbeiter lächeln und standen reglos und blickten.

Schon überquerte der erste trockene Blick das ganze Tal, als senkte der Gipfel dem gegenüberstehenden das Signal.

Vor dem Zaune stand der Gamashenherr noch immer in derselben traurischen Haltung an demselben Flecke.

In der Gewitterdecke ging schon schräger Strichregen nieder; die Cafeterrasse lag noch in der Sonne. „Ich stehe rechts. Radikal rechts! Nur so kann Deutschland wieder groß werden.“

„Und ich, seien Sie, ich bin Demokrat“, sagte, tief in sich ruhend, lächelnd der Bankier. „Die höchsten, nämlich diejenigen, die etwas gelernt haben, sollen des Volkes Führer werden.“

Der Reisende horchte auf das Beifallsklatschen, das herauslang und sagte: „Na, ich sage nichts.“

Bereitete große Troyen Klatschen auf den Tisch des Versammlungsleiters und zerstäubten.

Arme zur Brust hochgenommen, trakte der Bankier den Serpentinenweg herab, auf den Arbeitshof zu.

„Jetzt gehts auch ohne Versammlung“, stieß der Reisende leuchtend hervor, da schon viele Teilnehmer, Rocktragen hochgeschlagen, durch das Tor sprangen.

Der ganze Himmel war blauschwarz. Feurige Blitzzüangen zuckten aufeinander los, durchzuckten und versingen kämpfend sich ineinander, begleitet von seltendlich krachenden Donnerschlägen.

Jetzt erst verließ der Gamashenherr den Zaun und eilte, durchnaßt bis auf die Haut, mit langen Schritten durch die senkrechten herabstürzenden Wassermassen.

Der Bankier hatte das Hotel erreicht. Der Arbeitshof war leer.

Minuten später segelten zerfetzte Wolken gleich aufgeschreckten Riesenbögen hoch über dem Tale und verschwanden hinter den Schneegipfeln, die stellenweise in der Sonne aufglitten. Die Sperrlinge begannen über laut zu schreien. Alles funkelte nah.

Schon rollte der Hotelwagen, beladen mit den gelben Koffern der abreisenden Kurgäste, die noch beim Diner saßen, vorbei an der langsam sich drehenden Rangierscheibe, auf der frisch ausladert und glänzend, der letzte Wagen stand.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Erlebnis in Italien.

Von G. Lubewig (Seelze).

Es war dümmrig. Ich schaute auf die Uhr. Doch erst sieben Uhr. Der Himmel dröhnen über den Alpenzügen ist dunkelgrün. Es wird wohl ganz dunkel sein. Aus der Ferne tönt das Schreien eines Eisels herüber. Die Straßen, die am Tage so hell und glühend sind, auf denen eine 10 Centimeter hohe Staubschicht liegt, sind sanft wie ein Teppich.

Ich habe einen langen Marsch hinter mir und bin hungrig. Beim nächsten Bauern werde ich einfahren. Die Straße macht noch eine Biegung, und da sehe ich über einem Maisfeld ein schon einen flachen Giebel und seien, biegsamen Rauch in der Luft. Jetzt weiß ich: „Habt liegst du auf einer warmen Strohmatte, auf der ein Mann mit stark ergrautem Haar sitzt. Er steht seinen Kopf in die Arme und scheint im ersten Augenblick sehr nachdenklich. Neben ihm wählt sich lustig ein kleines Kind herum, das mich sehr verwundert anschaut. Vor dem Topf liegt eine kleine Frau, die langsam die Suppe rühr.

Ich trete ins Haus. Der Vorraum ist dunkel. Ich sehe im Dämmerlicht nur einige Strohstühle, Körbe und eine volle Schale mit reifen Früchten. „Buona sera!“ Alles still. Ich gehe weiter, bis zu einer Tür und trete in den Wohnraum. An der Wand ein großer Kamin. In der Mitte des Raumes ein eiserner Kreuz, auf dem ein Topf mit irgendwie stark duftenden Speisen steht. Auf dem Boden hinter dem Topf liegt eine hohe Strohmatte, auf der ein Mann mit stark ergrautem Haar sitzt. Er steht seinen Kopf in die Arme und scheint im ersten Augenblick sehr nachdenklich. Neben ihm wählt sich lustig ein kleines Kind herum, das mich sehr verwundert anschaut. Vor dem Topf liegt eine kleine Frau, die langsam die Suppe rühr.

Ich wünsche Ihnen nochmals einen „buona sera“ und spreche: „Herr, habt Ihr ein Blätzchen für mich zum Schlafen? Ich bin müde.“ Während ich spreche, schaut mich der Bauer groß an. Sie sieht sehr schwach aus. Hat große Ringe unter den Augen. Sie ziegt ihr buntes Umhangtuch fester um sich, als ob sie sich auf mich auf. Der Bauer sieht langsam auf und kommt mit zwei Schritten auf mich zu. Ich stehe in der Tür und sehe ihn an. Er blickt vor mir. Als ob er mich durchbohren wollte. Mich leicht ein seltsames Gefühl. Wenn er doch sprechen will. Ich weiß, irgend etwas geschieht. Der Mann da vor mir ist die Spannung. Sein Inneres wartet auf irgendwas. Ich wage ihn auch jetzt an. Er hat furchtbare, lange, weiße Haarschäfte. Seine Augen glühen fast wie die Holzfächer unter dem Brauhaus. Endlich kommt es langsam aus seinem Munde. Austria? Ich antworte: „No Tedeschi!“ Er nimmt einen Augenblick nach und sagt dann kurz: „Niente dormire!“ (Hier kannst du nicht schlafen!)

Solches habe ich von den gastfreudlichen Italienern noch nie gehört; aber dennoch kann ich es hier verstehen, ohne es allerding zu begreifen. Die Lust in diesem Hause, die Menschen und so seltsam. Ich wende mich zum Gehen. Da sehe ich plötzlich, wie der Blick des Bauern, der seit auf mir ruhte, von mir abirrt und auf einem Bild an der Wand haften bleibt. Ich sehe einen jungen, hübschen, italienischen Soldaten. Ein energisches und trocken weißes Gesicht mit einem Garibaldisch mit dem wallenden schwarzen Federbusch. Sein Rahmen bekommt ein langes schwarzes Band herunter. Im schwarzen Band eingraviert die Römer 1914–18.

Da verstand ich, warum mir der Mann das Nachlager verweigerte. Meine Brüder haben seinen Sohn gemordet. Hinter seinem schwarzen Rücken sah ich seine Frau, die nicht mehr in dem Topf rührte. Sie hielt beide Hände vor's Gesicht. Die glühende Holzfächer warf zuckende Blitzelexe auf ihren Kopf. Es war ganz still im Raum, und die Dunkelheit verlöschte alle Farben. Nur das Kind sprach und läutete leise. Ich wollte hin-

ausgehen und konnte nicht. Ich konnte nicht weggehen, ohne dem Manne und der Frau gefragt zu haben: Ich verstehe euch. Ich hätte zu ihnen hingehen müssen und sagen: „Scht, ich fühle euren Schmerz. Ich sehe eure Gedanken. Sie gehen stets von der Minute aus, da euer Sohn euch zum letztenmal die Hand drückte. Sie gehen mit eurem Sohn in den Kampf, fühlen keine Leid, seinen Tod und kommen dann zu euch zurück. Ihr lebt, und er ist nicht mehr als nur Knochen und Dreck. Warum? Ich weiß es auch nicht. Weiß nur, daß alles leeres Geschwindig demgegenüber ist, daß er nun nicht mehr da ist, nicht mehr lebt.“

Aber ich verstehe ja nicht ihre Sprache. Ich stammle nur: „La guerra estas niente bona.“ (Der Krieg ist nicht gut.) Der Mann schaut mich hilflos an, und die Frau legt wieder still das Gesicht in ihre Hände. Es ist wie in einer Kirche. Ganz still. Ich stehe noch zwischen Tür und Angel. Weiß nicht, wie lange schon. Wenn auch der Bauer mich hinausgewiesen hat, so verstehe ich ihn doch. Ich sage zu ihm (halb Esperanto, halb italienisch): „Tutta laborioso della mondo estas amico.“ (Alle Arbeiter der Welt sind Freunde.) Ganz primitiv. Und reiche ihm die Hand. Er beachte sie nicht, sondern sieht mich nur starr an.

Da tönt ein dordes Stimmen vom Boden her: „Amiko!“ Das kleine Mädchen wiederholt mein leutes Wort und streift die schmutzigen Hemden nach mir aus. Bittende Augen. Da werde ich einfach meinen Rücken auf den Boden und nehme die Kleine auf den Arm. Sie legt fröhlich ihre Arme um meinen Hals und läuft immer noch: „Amiko!“ (Freund). Ich weiß nicht, wie's mir geht. Da oben hängt der, den meine Brüder erschossen haben, und ich habe sein kleines Schwesterchen auf dem Arm und streiche ihm den Wuschelkopf. Und ich fühle, es gibt keinen Hass: es gibt nur eins: Liebe, weltumfassende Liebe. Da steht die Mutter auf und nimmt mir jetzt ihr Kleinkind aus den Armen. Ihre Augen leuchten. Der Bauer aber reicht mir seine Hand und sagt „Amiko!“ Er drückt mir fest die Hand. Dann holte er die Lampe, und da wurde es hell.

Aus „Nord- und Ostdeutscher Wanderer“.

Literarisches.

Taschenbuch für Keramiker 1929 und Notizkalender der Keramischen Rundschau 1930. Verlag: Keramische Rundschau G. m. b. H., Berlin NW 21, Dreisfeldestraße 4. Preis: 4,25 RM. (Ausland 4,75 RM.) — Dieses für den Keramiker so wertvolle Werkchen ist wieder erschienen und enthält ein Menü wissenschaftlichen Stoff. Es hat zum Hauptinhalt „Fehler und Fehlerbezeichnung, Feinkeramik, Glas, Email“; dann finden sich Beiträge über zentralen Rechtsschutz, Tabellarische Zusammensetzung u. a. Wer Interesse an dem Buch hat, wende sich an den genannten Verlag.

„Arbeiterjugend“. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 3. Erscheint monatlich und kostet pro Heft 25 Pf.